



Grosser Stadtrat der Stadt Schaffhausen

PROTOKOLL

Sitzung Nr. 12
Dienstag, 30. Oktober 2007
17:00 - 20:09 Uhr
Grossratssaal der Rathauslaube
Genehmigt am: 13.11.07

Vorsitz:	Alfred Tappolet	SVP
Protokoll:	Gabriele Behring-Hirt	
Stimmzähler:	Theresia Derksen Rolf Amstad	CVP SP
Anwesend:	Von total 50 Mitgliedern: Ratspräsident und 46 Mitglieder	
Entschuldigt: Ganze Sitzung:	Martin Egger Mariann Keller Edgar Zehnder	FDP SP SVP
Schluss der Sitzung:	Wilhelm Hefti	SP

TRAKTANDEN

1	VdSR Ergänzung der Bauordnung um die Sonderzone "Vorderes Mühlental" und Zonenplanänderung Nr. 1 "Vorderes Mühlental" (Teilflächen von GB Nr. 1700 und GB Nr. 1665)	Seite	351
2	VdSR Schweizersbild/Birchrüti; Landverkauf ab GB Nr. 21'295 und Umzonung von Zöbag in GW (Zonenplanänderung Nr. 3)	Seite	360
3	Motion Peter Neukomm (SP): Energie- und Klimaschutzkonzept	Seite	370
4	Postulat Marianne Schwyn (SP): Verbindlicher Minergie-Standard für öffentliche Bauten und Förderung der Minergie-Bauweise bei privaten Bauten	Nicht behandelt	
5	Motion Dr. Raphaël Rohner (FDP): Sport- und Freizeitanlagenkonzept für die Stadt Schaffhausen	Nicht behandelt	

6	Postulat Martin Egger (FDP): Schluss mit der St. Florian-Politik - Entscheid Ersatz Trolleybus jetzt	Nicht behandelt
	Interpellation Martin Roost (parteilos): Schulpolitik und Schulraumplanung	Nicht behandelt
7	Interpellation Edgar Zehnder (SVP): Aufgaben und Nutzen der städtischen Wirtschaftsförderung	Nicht behandelt
8	Postulat Dr. Cornelia Stamm Hurter (SVP): Schaffung von Einsatzplätzen für Zivildienstleistende in der städtischen Verwaltung	Nicht behandelt

PENDENTE GESCHÄFTE

EINGANG	TITEL DES GESCHÄFTES	
11.04.07	SPK Parlamentsreform – Überwiesene Motion Peter Neukomm (SP): Aufwertung der Parlamentsarbeit	SPK
08.05.07	VdSR Abgabe der Liegenschaft „Logierhaus“ auf GB Nr. 5736 im Baurecht an die International School of Schaffhausen	SPK
25.05.07	Postulat Marianne Schwyn (SP): Betreffend verbindlichem MINERGIE-Standard für öffentliche Bauten und der Förderung der MINERGIE-Bauweise bei privaten Bauten	
19.06.07	Motion Dr. Raphaël Rohner (FDP): Sport- und Freizeitanlagenkonzept für die Stadt Schaffhausen	
03.07.07	VdSR Totalrevision der städtischen Polizeiverordnung	SPK
05.07.07	Postulat Martin Egger (FDP): Schluss mit der Sankt-Florian-Politik – Entscheid Ersatz Trolleybus jetzt	
24.07.07	VdSR Neubau Doppelkindergarten Hauental	SPK
24.07.07	VdSR Pilotphase zu den Motionen Othmar Schwank „Verteilung und Anerkennung von Sozialarbeit“ und Iren Eichenberger „Finanzielle Leistungen für pflegende Angehörige“	SPK
14.08.07	Interpellation Martin Roost (parteilos): Schulpolitik und Schulraumplanung	
14.08.07	VdSR NASPO Schweizersbild/Hallensportzentrum: Investitionsbeitrag, wiederkehrende Betriebsbeiträge, Baurechtsabgabe und Kunstrasenspielfeld „Schweizersbild II“	SPK
18.09.07	VdSR Gestaltung Freier Platz	SPK
18.09.07	VdSR Teilnahme der Stadt Schaffhausen an der Internationalen Gartenbauausstellung IGA 2017 und Genehmigung Rahmenkredit	SPK
14.09.07	Interpellation Edgar Zehnder (SVP): Aufgaben und Nutzen der städtischen Wirtschaftsförderung	
18.09.07	Postulat Dr. Cornelia Stamm Hurter (SVP): Schaffung von Einsatzplätzen für Zivildienstleistende in der städtischen Verwaltung	
18.09.07	VdSR Vergabe der städtischen Parzelle GB Nr. 21'909, Thayngerstrasse, im Baurecht	GPK
19.09.07	VdSR Voranschlag 2008 der Einwohnergemeinde Schaffhausen	GPK

16.10.07	VdSR Abgabe der Liegenschaft Hintersteig 9 im Baurecht	GPK
16.10.07	VdSR Verordnung über das Dienstverhältnis und die berufliche Vorsorge des Stadtrates	SPK
02.10.07	Postulat von Christoph Lenz (AL)/Oliver Mank (SVP): „Energienstadt Schaffhausen – vermehrte Nutzung der Photovoltaik	
29.10.07	Motion Christoph Lenz (AL): Ersetzung der Gaslaternen durch CO2 emissionsarme Beleuchtung	
30.10.07	Motion Christa Flückiger (SP): Schulsozialarbeit „flächendeckend in der Stadt Schaffhausen“	

2007 Kleine Anfragen:

14	Christa Flückiger (SP) Offizielle Stellplätze für Wohnmobile in der Stadt Schaffhausen	21.08.07
15	Peter Neukomm (SP) Zukunft nach WoV in der Stadt Schaffhausen	25.10.07

BESCHLÜSSE UND ERLEDIGTE GESCHÄFTE

Traktandum 1 **VdSR Ergänzung der Bauordnung um die Sonderzone „Vorderes Mühlental“ und Zonenplanänderung Nr. 1 „Vorderes Mühlental“ (Teilflächen von GB Nr. 1700 und GB Nr. 1665)**

Der Grosse Stadtrat heisst in der Schlussabstimmung die Vorlage des Stadtrates vom 29. Mai 2007 mit **45 : 0 Stimmen** wie folgt gut:

1. Der Grosse Stadtrat nimmt Kenntnis vom Bericht und Antrag des Stadtrates vom 29. Mai 2007 betreffend Ergänzung der Bauordnung um die Sonderzone „Vorderes Mühlental“ und der Zonenplanänderung Nr. 1 „Vorderes Mühlental“.
2. Der Grosse Stadtrat stimmt der beantragten Ergänzung der Bauordnung für die neue Sonderzone „Vorderes Mühlental“ (Ergänzung von Art. 29 BauO, neue Art. 44a und 44b BauO) zu.
3. Der Grosse Stadtrat stimmt der beantragten Umzonung von ca. 38'495 m² von GB Nr. 1700 von der Industriezone mit Dienstleistungen in die Sonderzone „Vorderes Mühlental“, ca. 146 m² von GB Nr. 1700 vom Wald in die Sonderzone „Vorderes Mühlental“, ca. 62 m² von GB Nr. 1700 von der Industriezone mit Dienstleistungen in die Freihaltezone, ca. 344 m² von GB Nr. 1700 vom Wald in die Freihaltezone, ca. 44 m² von GB Nr. 1700 von der Freihaltezone zum Wald und ca. 446 m² von GB Nr. 1665 von der Wohnzone W3 zum Wald zu.
4. Der Grosse Stadtrat beauftragt den Stadtrat, im Zusammenhang mit der Zonenplanänderung mit der Bauherrschaft der Überbauung „Werk I

Mühlental“ einen verwaltungsrechtlichen Vertrag mit folgenden Eckpunkten abzuschliessen:

- Bedingungen zur städtebaulich/architektonischen und ökologischen Umsetzung
- Zeitpunkt der Gültigkeit für Verkehrsregime, Parkierung, Bewirtschaftung/Betrieb
- Sicherstellung der öffentlichen Anlagenteile mit Realisierungsfristen für Durachpark, Mall, Veranstaltungshalle usw.
- Gewährleistung der gegenseitigen Vereinbarungen

5. Dieser Beschluss untersteht nach Art. 11 Abs. 1 lit. i der Stadtverfassung dem fakultativen Referendum.

Traktandum 2 VdSR Schweizersbild/Birchrüti: Landverkauf ab GB Nr. 21'295 und Umzonung von Zöbag in GW (Zonenplanänderung Nr. 3)

Der Grosse Stadtrat heisst in der Schlussabstimmung die Vorlage des Stadtrates vom 14. August 2007 mit **40 : 0 Stimmen** wie folgt gut:

1. Der Grosse Stadtrat stimmt dem Verkauf einer Teilfläche des städtischen Grundstückes GB Nr. 21'295 "Schweizersbild/Birchrüti" im Umfang von ca. 1'438 m², respektive netto ca. 1'386 m² an die "Stiftung Sporthalle Schweizersbild", Schweizersbildstrasse 43, 8207 Schaffhausen, zu den in der Vorlage des Stadtrates vom 14. August 2007 genannten Bedingungen zu.
2. Der Grosse Stadtrat stimmt der beabsichtigten Umzonung der abzutretenden Grundstückfläche ab GB Nr. 21'295 im Umfang von ca. 1'438 m² von der Zone für öffentliche Bauten, Anlagen und Grünflächen in die Gewerbe- und Wohnzone sowie der Umzonung von ca. 1 m² von GB Nr. 21'086 von der Verkehrs- und übrigen Flächen in die Gewerbe- und Wohnzone und von ca. 53 m² von GB Nr. 21'480 von der Gewerbe- und Wohnzone in die Verkehrs- und übrigen Flächen gemäss Vorlage des Stadtrates vom 14. August 2007 zu.

Traktandum 3 Motion Peter Neukomm (SP): Energie- und Klimaschutzkonzept

Die Motion wird vom Motionär Peter Neukomm (SP) begründet, von Stadtpräsident Marcel Wenger beantwortet und im Rat ausführlich diskutiert.

Der Grosse Stadtrat erklärt in der Schlussabstimmung die Motion mit 25 : 17 Stimmen erheblich.

BEGRÜSSUNG

Der **Ratspräsident Alfred Tappolet (SVP)** eröffnet die Ratssitzung Nr. 12 mit der Begrüssung der Ratskolleginnen und Ratskollegen, der Frau Stadträtin, des Herrn Stadtpräsidenten, der Herren Stadträte, der Medien sowie der Gäste auf der Tribüne.

Alfred Tappolet (SVP) bedankt sich im Namen des Grossen Stadtrates für die überwältigende Zustimmung zum Umbau, beziehungsweise Neubau des Künzle-Heims. Es ist nicht selbstverständlich, dass die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger einer so grossen Ausgabe in dieser Deutlichkeit zustimmen.

Die Ratsmitglieder haben erhalten bzw. auf ihren Pulten liegen auf:

- Newsletter Wirtschaftsförderung Ausgabe September 2007
- Postulat Christoph Lenz (AL)/Oliver Mank (SVP): Energiestadt Schaffhausen - vermehrte Nutzung der Photovoltaik vom 02.10.07. Der Ratspräsident bittet darum, ihm in Zukunft Vorstösse zuerst zur Kenntnis zu übermitteln, bevor diese der Presse übergeben werden, damit er *direkt* und nicht im Radio Munot über die Anliegen der Postulanten informiert wird.
- Orientierungsbericht des Stadtrates Fusion bezüglich Fusionsverhandlungen mit der Gemeinde Hemmental vom 18.09.07
- VdSR Vergabe der städtischen Parzelle GB Nr. 21'909, Thayngerstrasse, im Baurecht vom 18.09.07. Vorschlag des Büros: Zuweisung zur Vorberatung an GPK. *Kein Gegenvorschlag, so beschlossen.*
- Einladung zur Einweihung des neuen Gemeinschaftsgrabes im Friedhof Herblingen am Freitag, 02.11.07
- Einladung zur Jungbürgerfeier im Chäller am Mittwoch, 14.11.07
- Einladung zu 1. Woche der Religionen in Schaffhausen vom 4.-11. November 2007 "Ja. Lernen wir uns kennen!"
- Kleine Anfrage Nr. 15/2007 Peter Neukomm (SP): Zukunft nach WoV in der Stadt Schaffhausen vom 25.10.07
- VdSR Abgabe der Liegenschaft Hintersteig 9 im Baurecht vom 16.10.07. Vorschlag des Büros: Zuweisung zur Vorberatung an GPK. *Kein Gegenvorschlag, so beschlossen.*
- VdSR Verordnung über das Dienstverhältnis und die berufliche Vorsorge des Stadtrates vom 16.10.07. Vorschlag des Büros: 9er SPK, einladende Fraktion: SVP/JSVP/EDU. *Kein Gegenvorschlag, so beschlossen.* Der Stadtrat hat mitgeteilt, dass Rainer Schmidig (EVP) der Spezialkommission als Berater zur Verfügung steht.

Verhandlungsbereit gemeldetes Geschäft:

VdSR Neubau Doppelkindergarten Hauental vom 24.07.07. Dieses Geschäft wird auf der Traktandandenliste der nächsten Ratssitzung figurieren.

Änderungen in der Zusammensetzung folgender Spezialkommissionen:

- SPK VdSR Ergänzung der Bauordnung um die neue Sonderzone "Vorderes Mühlental" und Zonenplanänderung Nr. 1 "Vorderes Mühlental": Martin Egger (FDP) wird durch Dieter Amsler (FDP) ersetzt.
- SPK VdSR Totalrevision der städtischen Polizeiverordnung: Urs Tanner (SP) wird durch Peter Möller (SP) ersetzt.

PROTOKOLL

Das Protokoll Nr. 9 wurde vom Büro geprüft und genehmigt. Das Protokoll der Doppelsitzung Nr. 10/11 vom 18.09.07 wurde ebenfalls vom Ratsbüro geprüft und genehmigt. Es liegt bei der Ratssekretärin zur Einsichtnahme auf. Es erfolgen keine Änderungsanträge.

TRAKTANDENLISTE

Die Traktandenliste für die heutige Sitzung wurde rechtzeitig zugestellt. Es erfolgen keine Änderungsanträge.

**Traktandum 1 VdSR Ergänzung der Bauordnung um die Sonderzone
 "Vorderes Mühletal" und Zonenplanänderung Nr. 1
 "Vorderes Mühletal" (Teilflächen von GB Nr. 1700 und GB
 Nr. 1665)**

Christian Hablützel (SP)**SPK-Bericht**

"Wir haben die komplexe Vorlage des Stadtrates, „Ergänzung der Bauordnung um die Sonderzone „Vorderes Mühletal“ und Zonenplanänderung Nr. 1 „Vorderes Mühletal“ vom 29. Mai 2007 in einer 11-er Kommission sorgsam geprüft und bearbeitet.

Ich möchte an dieser Stelle dem federführenden Stadtrat Peter Käppler danken für die sorgfältig vorbereitete Vorlage und dem Stadtplaner Olaf Wolter für die kompetente und offene Begleitung der Kommissionsarbeit. Speziell danken möchte ich auch Alice Riedel für das Protokollieren. Herzlicher Dank geht auch an alle Kommissionsmitglieder für die konstruktive und kollegiale Zusammenarbeit.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich möchte es gleich vorwegnehmen, die Kommission hat die Vorlage positiv beurteilt. Sie ist einstimmig, bei einer Abwesenheit, auf die Vorlage eingetreten und hat die Vorlage sowie die Anhänge in der Schlussabstimmung gut geheissen und den Anträgen, bei einer Abwesenheit, einstimmig zugestimmt.

Ebenfalls voraus nehmen möchte ich meine grosse Freude darüber, dass wir mit dieser kleinen Zonenplanänderung und der Schaffung der Sonderzone Vorderes Mühletal die wohl markanteste städtebauliche Entwicklung der letzten 100 Jahre einleiten.

Wie uns allen noch in guter Erinnerung, wurde von der Firma Georg Fischer AG im vorderen Mühletal ein eigenes Projekt verfolgt, welches nach einem Rekurs des Heimatschutzes vom Obergericht abgelehnt wurde. Nach dieser Entscheidung wurde von der Stadt und vom Kanton ein Gutachten in Auftrag gegeben, um die erhaltens- und schützenswerten Bauten des Werks 1 festzuhalten.

In der Zwischenzeit wurde das gesamte Areal von den Schaffhauser Investoren Klaiber AG und Gabel AG gekauft. In der darauf folgenden engen und mustergültigen Zusammenarbeit aller relevanten Akteure wurde schnell klar, dass eine sinnvolle Nutzung nur mit einer gemischten Nutzung Gewerbe und Wohnen möglich wäre.

Entstanden ist in der Planung ein konkretisierter städtebaulicher Wurf, welcher aus dem Mühlental einen neuen Stadtteil mit Gewerbe, Wohnen, der wohl grössten Aktionshalle in der Region und einer Einkaufsmall schafft. In der Folge hat sich der Stadtrat richtigerweise entschieden, anstelle einer eher riskanten Ausnahmegewilligung – das Gebiet liegt heute in der Industriezone mit Dienstleistungen – eine Sonderzone zu schaffen. So beschäftigen wir uns heute mit einem Umzonungsbegehren, welches durch die Schaffung einer Sonderzone gleichzeitig eine Ergänzung der Bauordnung verlangt.

Es ist mir wichtig an dieser Stelle festzuhalten, dass wir damit kein Bauprojekt bewilligen, sondern die Voraussetzungen und die Planungssicherheit für die Entwicklung des Stadtteils Mühlental schaffen. Und das Schöne daran ist, dass mit dieser Vorlage den Anliegen der Bauherrschaft, des Heimatschutzes und der Stadt Schaffhausen Rechnung getragen wird.

Die Kommission hat die Vorlage in zwei Sitzungen noch vor den Herbstferien abschliessend behandelt. Nachdem zu Beginn der ersten Sitzung noch ausführlich über eine Ausstandsfrage diskutiert wurde, wurden die weiteren Debatten sachdienlich und freundschaftlich geführt.

Als Ergebnis haben Sie neben der Vorlage mit den angepassten Anträgen den durch die Kommission leicht modifizierten Planungsbericht, Stand 5. Oktober 2007, die geplanten Ergänzungen der Bauordnung vom 10. Mai sowie die Zonenplanänderung Nr. 1 erhalten. Ich werde mich in meinen Ausführungen deshalb auf wenige zentrale Punkte beschränken:

Sonderzone „Vorderes Mühlental“:

Mit der geplanten Sonderzone wird der einmaligen und komplexen Situation des vorderen Mühlentals Rechnung getragen. Es sollen immerhin 53'000 m² Nutzfläche, davon Wohnraum für rund 400 Personen entstehen. Die wohl von der Topografie wie auch vom Volumen her einzigartige Situation im vorderen Mühlental rechtfertigt die Schaffung einer Sonderzone ohne damit ein Präjudiz zu schaffen. Die in enger Zusammenarbeit mit den Eigentümern vorgenommene Erarbeitung der Rahmenbedingungen für die Überbauung des „Vorderen Mühlentals“ formuliert deshalb Vorgehen und Eckdaten.

Die Wesentlichsten davon sind: Die Festlegung der Gebäudehöhen auf die Höhe des Verlaufs der Hangkante, was eine maximale Gebäudehöhe von rund 40 Metern ergibt; eine Begrenzung der einzelnen Verkaufsflächen auf 1000m² zur Vermeidung einer Konzentration von grossen Detailhandelsflächen (Einkaufszentren) mit deren Verkehrsfolgen; das Ausgestalten eines Rahmenplans nach Art. 7 der Bauordnung – darin vorgesehen ist die Freihaltezone Durachpark, inklusive offener, kanalisierter Durach – und der Abschluss eines städtebaulichen (verwaltungsrechtlichen)Vertrags, wo unter Anderem Quartierpan, Architektur und Ökologie, Verkehrsregime und Parkierung und die öffentlichen Anlageteile geregelt werden.

Die Kommission hat die ganzen Regelwerke wohlwollend zur Kenntnis genommen. Nach der Beantwortung aller Klärungsfragen durch Stadtrat Peter Kämpfer und Stadtplaner Olaf Wolter wurde lediglich kurz diskutiert, ob die Sonderzone auf das ganze Mühlental ausgedehnt werden sollte. Die Idee wurde aber im Hinblick auf die Topografie wieder verworfen und die Sonderzone „Vorderes Mühlental“ bis und mit dem Areal „Kessel“ festgelegt (vergleiche auch mit dem angepassten Planungsbericht).

Als weitere kleine Ergänzung wurde von der Kommission im Planungsbericht unter Punkt 5.2. „Städtebaulicher Vertrag“ eine inhaltliche Ergänzung angebracht. Neu heisst es dann auch in der Vorlage Antrag 4: „Bedingungen zur städtebaulich/architektonischen und ökologischen Umsetzungen“.

Die Aufnahme einer weiteren Bestimmung mit dem Inhalt „Die öffentlichen Parkplätze sind nach Möglichkeit auszugleichen“ wurde mit 8 : 2 Stimmen abgelehnt, da die Kommission nicht weiter in die Eigentumsrechte der Bauherrschaft eingreifen wollte.

Umzonung:

Die eigentliche Umzonung von 38'495 m² von der Industriezone mit Dienstleistungen in die neu geschaffene Sonderzone „Vorderes Mühlental“ wurde auf dem Hintergrund der vorgenannten Bedingungen einstimmig genehmigt.

Vom hässlichen Entlein zum stolzen Schwan: Mit der Zustimmung zu dieser Vorlage können wir einen städtebaulichen Aufbruch signalisieren. Im verloren geglaubten ehemaligen Industriegebiet der Georg Fischer AG kann ein Stadtteil entstehen, welcher einzigartig etwas wie Urbanität in die mittelalterliche Stadt Schaffhausen bringt, ohne das Stadtbild in Frage zu stellen und ohne dass die Stadt tief in die Tasche greifen muss.

Im Namen der Kommission kann ich Ihnen darum mit ungeteilter Stimme Eintreten auf die Vorlage, die Kenntnisnahme der Vorlage des Stadtrates und die Zustimmung zu den Anträgen empfehlen.

Ich kann Ihnen auch mitteilen, dass die **SP/AL-Fraktion** auf die Vorlage eintreten und ihr vollumfänglich zustimmen wird. “

Thomas Hauser (FDP)

FDP/jfsh-Fraktionserklärung

„Diese Vorlage gab in der Fraktion der FDP/jfsh in umgekehrtem Verhältnis zum grossen Umfang der Vorlage zu reden. Das heisst, dass das Geschäft ohne grosse Diskussionen unsere Zustimmung fand.“

Da wir alle annehmen können, dass im Mühlental wohl nie mehr eine Stahlgiesserei ihren Betrieb aufnehmen wird, müssen die Gebäude und das Areal im „Vorderen Mühlental“ einer anderen Nutzung zugeführt werden. Dies bedingt aber die vorgeschlagene Zonenpländerung, ohne die nichts möglich ist. Aus diesem Grund einerseits und wegen dem neuen interessanten Nutzungsprojekt andererseits stimmten wir nach kurzer Diskussion dem Eintreten auf die Vorlage und den Anträgen zu.

Die Durchmischung von Büros, Läden (ohne grosse Einkaufszentren), Unterhaltung und Wohnungen ist bestechend. Neues Leben wird im „Vorderen Mühlental“ ohne grossen Mehrverkehr Einzug halten. Für die Stadt Schaffhausen entsteht so vom Areal Kiefer/Landhaus bis Bleiche bis hin ins „Vordere Mühlental“ eine neue Meile oder ein neues Zentrum der besonderen Art und eines neuen Ausmasses. So bleibt nur noch zu hoffen, dass diese neue Meile der gemischten Nutzung gleich erfolgreich genutzt und ausgelastet wird wie die Beizenmeile dem Rhein entlang im Jahr 2001.

In diesem Sinne stimmt die FDP/jfsh-Fraktion, wie bereits erwähnt, dieser Vorlage einstimmig zu. Abschliessend danke ich dem Kommissionspräsidenten Christian

Hablützel für die gute Führung einer interessanten Kommission. “

Alfons Cadario (EVP)

OeBS/EVP-Fraktionserklärung

”Ich danke zuerst Christian Hablützel für das gute Präsidium der SPK, wobei der Start nicht der einfachste war; er hat seine Arbeit mit Bravour geleistet.

Wir haben die Vorlage in der Fraktion diskutiert; zuerst das Thema der Schutzwürdigkeit der Stahlgießerei, die wir zum Teil nicht begreifen können. Veränderungen sind in diesem Quartier sicher notwendig, andere Städte haben dies mit guten Beispielen bereits aufgezeigt. Ob die vielen Wohnungen wirklich benötigt werden, haben wir heute hier nicht zu entscheiden. In der Vorlage geht es lediglich um die Umzonung des „Vorderen Mühlentales“. Wir begrüßen, dass damit auch die Voraussetzungen für den schon lange geplanten Park erfüllt werden.

Ich kann Ihnen mitteilen, dass die OeBS/EVP-Fraktion auf die Vorlage eintreten und ihr mit den Änderungen der SPK zustimmen wird. “

Dr. Cornelia Stamm Hurter (SVP)

SVP/JSVP/EDU-Fraktionserklärung

”Die SVP/JSVP/EDU-Fraktion begrüsst es, dass seitens der Stadt Schaffhausen die nötigen planerischen Schritte unternommen werden, damit das Areal der ehemaligen Stahlgießerei einer sinnvollen Nutzung zugeführt werden kann. Da uns der Präsident der Spezialkommission bereits die wesentlichen Punkte dieser Vorlage vorgestellt hat, beschränke ich mich im Folgenden auf einzelne Aspekte, die uns wichtig erscheinen.

Das Obergericht hat seinerzeit im Entscheid vom 29. April 2005 festgehalten, dass eine Umnutzung des bisherigen Industriegebiets Mühlental dringend einer Abstimmung von Schutz- und Nutzungsinteressen auf planerischer Ebene bedürfe. Aufgrund der bestehenden Schutzvorschriften für das Mühlental reiche eine Öffnung der bisherigen reinen Industriezone in eine gemischte Zone (Industrie/Dienstleistungen) nicht aus.

Das Obergericht schlug zwei Lösungsmöglichkeiten vor, nämlich entweder zu prüfen, ob mittels einer Änderung des ISOS-Schaffhausen der bestehende Schutz des Mühlentals beseitigt werden könne oder aber am Schutz des Industriequartiers Mühlental festzuhalten und eine Zonenplanänderung vorzunehmen sei, welche aufgrund der bestehenden ISOS-Schutzvorschriften zwingend mit den erforderlichen besonderen Schutzmassnahmen zur Eingliederung von Um- und Neubauten zu versehen ist.

Die Stadt hat nun den zweiten Weg gewählt und von der Entlassung der Stahlgießerei aus dem ISOS-Inventar abgesehen, dafür aber für das Vordere Mühlental besondere Schutzvorschriften geschaffen, indem die Umnutzung der schutzwürdigen Gebäude und Gebäudeteile nur unter Wahrung der jeweiligen Schutzziele erlaubt ist. Ich verweise auf Art. 44a Abs. 1 letzter Satz BauO, den wir heute zu beschliessen haben. Sodann sind auch Rahmenpläne sowie ein Quartierplan für das Industriequartier Mühlental vorgesehen; hier verweise ich auf Art. 44b BauO der heute zu beschliessenden Bauordnung.

Mit der uns präsentierten Vorlage hat der Stadtrat den Vorgaben, die sich aufgrund von Art. 17 des Raumplanungsgesetzes (Schaffung geeigneter Schutzmassnahmen

für schutzwürdige Objekte), der generellen Erhaltungshinweise des ISOS-Schaffhausen sowie des kantonalen Richtplans ergeben, Rechnung getragen. Oder einfacher gesagt: Auftrag erfüllt, mission completed.

Schliesslich möchte ich noch auf ein kleines Detail hinweisen. Vielleicht ist Ihnen aufgefallen, dass gemäss dem Plan, den Sie auf Seite 5 des Planungsberichtes nach Art. 47 RPV finden, auch ein Teil der Fläche 2, welche der Kategorie I (Objekte in äusserer und innerer Erscheinung substantiell geschützt) zugeordnet ist, abgebrochen wird. Laut Auskunft von Olaf Wolter ist das zulässig, weil sich bei der Begutachtung der Stahlgiesserei in diesem Teil ein Fehler eingeschlichen hatte. Es sei übersehen worden, dass der vorderste Teil der Querhalle 2, die aus den Jahren 1943/44 stammt, anfangs der Fünfzigerjahre ausgebaut worden war und somit nicht mehr original erhalten ist.

Abschliessend halte ich fest, dass unsere Fraktion auf die Vorlage eintreten und ihr zustimmen wird. Wir hoffen, dass dieses städtebaulich und volkswirtschaftlich höchst interessante Projekt ein gutes Gelingen finden wird und freuen uns, wenn wir mit der heutigen Zustimmung einen ersten, kleinen Beitrag dazu leisten dürfen. “

SR Peter Käppler

Stellungnahme SR

”Ich möchte mich zuerst bei Christian Hablützel für die souveräne Führung der Kommission und die gute Berichterstattung bedanken und auch dem Rat meinen Dank für die sehr gute Aufnahme der Vorlage aussprechen. Erlauben Sie mir anschliessend noch folgende Zusatzausführungen, da dieses Projekt nach Meinung des SR für die Stadt Schaffhausen und unsere Region ein sehr wichtiges darstellt.

Schaffhausen ist im Wandel und der Verlust der Arbeitsplätze im industriellen Sektor wird nach und nach durch Dienstleistungsangebote und das Gewerbe aufgefangen, zurück bleiben leere Industriehallen und Areale, deren Neunutzung uns vor eine grosse Herausforderung stellen.

Schaffhausen ist mit dieser Problemstellung nicht alleine; ich denke dabei an Zürich (Oerlikon und Kreis 5) und Winterthur (Sulzer), die vor ähnlichen Herausforderungen stehen, oder sie zum Teil bereits gelöst haben. Dabei ist es nicht ungewöhnlich, wenn - wie in Schaffhausen - erste Projekte scheitern und erst in einer zweiten Auflage von Erfolg gekrönt sind.

Für Schaffhausen ist das Gebiet Mühlental von grosser Bedeutung, nicht nur, weil jeder und jede einen Bezug oder Erinnerungen zum einstmals grössten Arbeitgeber der Stadt oder zu Personen hat, die dort gearbeitet haben, sondern auch weil das Gebiet, bedingt durch die Nähe zum Zentrum Altstadt, für unsere Stadtentwicklung von eminenter Bedeutung ist.

Das Schaffhauser Zentrum ist bedingt durch die Topografie ziemlich eingeschränkt, was die Möglichkeit für grössere Dienstleistungszentren ausserhalb der Altstadt angeht, wenn sie in Zentrumsnähe sein sollen. Mit der von Ihnen mitgetragenen Entwicklung um den Bahnhof mit den Projekten Landhaus/Kiefer, das bereits im Bau ist und rund 200 Arbeitsplätze bietet, oder dem Areal Bleiche, dessen Vorlage Sie noch diesem Jahr erwarten können.

Mit diesen Projekten werden erste Akzente gesetzt, und sie zeigen auf, wie wertvoll der Standort ist. Die weitere Entwicklung in Richtung Mühlental bietet eine

ausgezeichnete Chance, den eingeschlagenen Weg weiterzugehen und das hervorragende Standortpotential zum Wohle unserer Region weiter auszunutzen.

Bereits wird die ehemalige Schrotthalle in moderne Dienstleistungsräume umgebaut und so ist es nahe liegend, wenn wir uns mit der Entwicklung des grössten unternutzten Industriearials unserer Stadt befassen. Dimensionen und Potential der alten Stahlgiesserei der Georg Fischer AG sind riesig, und es braucht eine weitsichtige Planung, aber auch Mut, sich diesem Objekt anzunehmen.

Der Stadtrat ist glücklich, Ihnen mit der heutigen Vorlage die notwendigen planerischen Schritte vorlegen zu können, welche den heutigen Besitzern und Initianten des Projektes die notwendige planerische Sicherheit geben, das Projekt realisieren zu können und dankt Ihnen für das Vertrauen, welches Sie diesem Vorgehen entgegen bringen.

Bis es soweit gekommen ist, hat es einiges an Arbeit gebraucht. Nach der Stilllegung des Werkes I Ende der achtziger Jahre und einer Phase von Zwischennutzungen - auch da war die Stadt mit der Veranstaltungshalle beteiligt - plante die Besitzerin Georg Fischer AG im Jahr 2002 den Neubau eines Dienstleistungszentrums in der ehemaligen Stahlgiesserei im Mühlental. Gegen die Baubewilligung wurde vom Schweizer Heimatschutz, vertreten durch den Schaffhauser Heimatschutz, Rekurs eingereicht, mit dem Antrag, ein Gutachten über die Schutzwürdigkeit der Stahlgiesserei-Hallen zu erstellen und das Projekt entsprechend zu überarbeiten. Nachdem der Regierungsrat die Baubewilligung mit Entscheid vom 9. März 2004 bestätigte, wurde die erteilte Baubewilligung schliesslich durch den Entscheid des Obergerichts vom 29. April 2005 aufgehoben. Danach präsentierte sich die Zukunft des Areals im „Vorderen Mühlental“ ungewisser denn je.

Nach der Phase der Ratlosigkeit haben wir aufgrund der Schlussfolgerungen des Urteils des Obergerichtes dafür gesorgt, dass vor allem die planerischen und baurechtlichen Rahmenbedingungen für das Areal, insbesondere was die denkmalpflegerische Bedeutung und damit die Schutzwürdigkeit des Werkes I betrifft, geklärt, um die Planungssicherheit für interessierte Investoren und eine damit verbundene Neunutzung nicht in Frage zu stellen.

In gemeinsamen Gesprächen mit dem Baudirektor des Kantons, der kantonalen Denkmalpflege, den Grundeigentümern und den zuständigen Stellen der städtischen Behörden wurde vereinbart, in einem ersten Schritt die denkmalpflegerische Inventarisierung des Werk I ausarbeiten zu lassen, was uns für das weitere Vorgehen sehr wichtig war und eine solide planerische Grundlage bei einem Eigentümerwechsel schaffte.

Seitens der Stadt wurden auch die Entwicklungsziele für das „Vordere Mühlental“ definiert. Ein lebendiger, gemischt genutzter Stadtraum mit einer spannenden neuen Einheit von umgenutzten Altbauten und ergänzenden Neubauten sollte entstehen, welcher einerseits zum Wohnen, aber auch über ein breites Spektrum an Nutzungen verfügen soll, wie zum Beispiel Dienstleistungen, Gewerbe, Ateliers, Sport, Ausstellungen und Veranstaltungshallen.

Es sollte ebenfalls gut an das Entwicklungsgebiet Bleiche, den Bahnhof (mit dem hoffentlich bald kommenden Halbstundentakt, der Schaffhausen als gute Lage zum Wohnen und Arbeiten ausweist) und damit an das Stadtzentrum angebunden werden. Neue öffentlich zugängliche Frei- und Erholungsräume sollen als unverbaute

Räume einen Gegenpol zu den Grossbauten im Mühletal bilden.

Im Februar 2006 ist das Areal der ehemalige Stahlgiesserei (Werk I Georg Fischer AG), die Schrotthalle (Mühletalstrasse 38), das Kesselhaus im Hinteren Mühletal und der Parkplatz im „Vorderen Mühletal“ durch ein Baukonsortium, bestehend aus den Firmen Klaiber Immobilien AG und Gabl AG, erworben worden. Nach dem Kauf des Areals durch das Konsortium erfolgte die weitere Projektentwicklung gemeinsam.

Die Käufer konnten sich mit den Zielsetzungen von Stadt und Kanton einverstanden erklären. Diese gemeinsame Vorgehensweise und auch die gemeinsamen Zielsetzungen wirkten sich auf die Ausarbeitung der Vorlage positiv aus. Die Investoren haben die Firma KGP Kyncl Architekten GmbH Zürich, die bereits in Zürich mit dem Umbau des Puls5 (Zentrum in historischer Giessereianlage in Zürich West) gezeigt haben, dass sie mit solchen Herausforderungen gut zurecht kommen, mit der Erstellung eines Nutzungskonzepts und einer Überbauungsstudie beauftragt. Diese Unterlagen liegen seit Mai 2006 vor. Das Projekt wurde inzwischen bis auf Vorprojektstufe weiter ausgearbeitet. Die Planungsarbeit wurde während der ganzen Planungszeit und auch noch heute durch die städtischen Fachstellen und insbesondere die Denkmalpflege intensiv begleitet.

Diese Zusammenarbeit ist mit einer der Gründe, weshalb der Stadtrat überzeugt ist, dass das vorliegende Konzept eine wichtige Grundlage für die positive Entwicklung des Mühletals ist. Zudem entspricht die Neunutzung voll und ganz der Strategie der „Siedlungsentwicklung nach innen“, wie sie vom Bundesamt für Raumentwicklung ARE postuliert und auch als Zielsetzung im Agglomerationsprogramm „Schaffhausen plus“ enthalten ist. Mit der Umzonung des Areals der alten Stahlgiesserei der Georg Fischer AG in die Sonderzone „Vorderes Mühletal“ werden nun die planerischen Grundlagen gelegt.

Das Projekt sieht einen Erhalt des Fassadenbaus von Karl Moser der vorderen beiden Längshallen sowie eines Teils der Querhalle (Inventar Nr. 2) vor. In etwa handelt es sich um den Bereich, der heute für die Veranstaltungshalle genutzt wird. Eine integrale Erhaltung des Charakters der heutigen Halle wird nicht verändert, auch wenn eine andere Nutzung erfolgt.

Die das Strassenbild prägende, abgestufte Fassade entlang der Mühletalstrasse mitsamt einem Teil der dahinter liegenden Hallen wird ebenso erhalten; gegen die Mühlenstalstrasse wird deshalb keine grosser Veränderung sichtbar. Die über 300 m lange grosse Längshalle dagegen wird bis auf die Tragkonstruktion zurückgebaut und dient in Zukunft als zentrale Erschliessungsachse des Areals im Sinne einer Mall.

Im südlichen Teil soll ein grosszügiger urbaner Platz (von der Grösse mit dem Fronwagplatz vergleichbar) mit einem direkten Zugang zur Mühletalstrasse im Bereich des heutigen Zugangs zur Stahlgiesserei entstehen. Die hinter der grossen Längshalle liegenden Hallen entlang der Talwand werden komplett abgebrochen und an deren Stelle insgesamt dreizehn 7- bis 10-geschossige Wohnbauten errichtet (Wohnzeile Ost). Um eine bessere Belichtung und Besonnung zu erzielen, sind die Wohnbauten rund 8 m über das Niveau der Mall aufgeständert. Die Bauten sind durch transparente, offene Treppenhäuser miteinander verbunden.

Die Parkierung erfolgt unterirdisch in einem Parkhaus entlang der Talwand, dessen

Dach überdeckt wird und eine direkte Verbindung mit dem bewaldeten östlichen Talhang vermittelt, was auch eine verbesserte Anbindung an den Geissberg ermöglicht.

Als Abschluss ist im Norden des Areals ein markantes höheres Gebäude mit Wohn- und Dienstleistungsnutzungen vorgesehen (Wohntrakt Nord), eventuell könnte dort auch ein Hotel entstehen. Gesamthaft sind rund 250 Wohnungen geplant. Sie werden sicher feststellen, dass die Dimensionen dieses Projekts beträchtlich sind.

Das Areal der ehemaligen Stahlgiesserei im Mühlental wurde im Zonenplan 2005 der Industriezone mit Dienstleistungen zugewiesen, entsprechend den damaligen Plänen, welche die Errichtung eines Dienstleistungszentrums vorsahen. Im Unterschied zum inzwischen gescheiterten Projekt eines Dienstleistungszentrums sieht das vorliegende Konzept eine Mischnutzung mit einem bedeutenden Wohnanteil vor. Das Konzept liesse sich wegen des Wohnanteils in der Industriezone mit Dienstleistung nicht realisieren, es ist eine Umzonung erforderlich.

Die Idee einer Wohnnutzung im Mühlental ist auf den ersten Blick etwas ungewohnt. Insgesamt wird im Nutzungskonzept jedoch überzeugend dargelegt, dass eine bedeutende Wohnnutzung im Mühlental möglich ist. Es entsteht an zentrumsnaher Lage, nur fünf Gehminuten vom Bahnhof entfernt, eine grosse Anzahl Wohnungen mit einem in Schaffhausen einmaligen urbanen Charakter, was eine grosse Chance bietet, Pendlerinnen und Pendler "anzulocken". Der Wohnnutzung entsprechend wird der Gestaltung und Aufwertung des Aussenraums grosses Gewicht beigemessen. Der bewaldete Hangbereich soll zu einem Stadtpark aufgewertet werden und in das Areal hineinfliesen.

Aufgrund der mit keinem anderen Areal vergleichbaren topografischen Voraussetzungen und den besonderen denkmalpflegerischen Rahmenbedingungen erscheint es zweckmässig und gerechtfertigt, für das Werk I eine Sonderzone "Vorderes Mühlental" festzulegen. Im Unterschied zu den übrigen Zonen im Zonenplan wird sie konkret auf die Konzeptziele ausgerichtet und situativ abgegrenzt, deshalb wird auch die Bezeichnung Sonderzone gewählt.

Da diese in der Bauordnung bisher nicht vorgesehen war, ist es auch notwendig die Bauordnung mit den entsprechenden Vorschriften zu ergänzen. Dies geschieht mit den beiden neuen Artikeln 44a und 44b. Der SPK-Präsident erwähnte bereits, dass eine Ausweitung der Sonderzone diskutiert wurde. Zum jetzigen Projektstand macht es allerdings nur Sinn, den Perimeter des Werks I und der Schrotthalle einzubeziehen. Eine spätere Ausdehnung der Sonderzone ist denkbar, setzt indes konkrete Planungen sowie auch Nutzungskonzepte voraus.

Mit der Begrenzung der einzelnen Verkaufsflächen auf maximal 1'000 m² soll eine übermässige Konzentration von grossen Detailhandelsflächen (wie Fachmärkte, Möbelgeschäfte) im Mühlental, die eine zu hohe Verkehrsbelastung und ungünstige Auswirkungen auf das Entwicklungsareal Bleiche und eine Konkurrenzierung der Altstadt erwarten lässt, vermieden werden. Die Summe der Verkaufsflächen wird nicht begrenzt, stattdessen wird diese Begrenzung projektbezogen im Rahmenplan, respektive Quartierplan vorgenommen. Überbauungen in der Sonderzone bedingen grundsätzlich einen Quartierplan. Grundlage für den Quartierplan bilden die Festlegungen des Rahmenplans.

Die Behandlung der Umweltauswirkungen erfolgt im Rahmen der

Umweltverträglichkeitsprüfung, die aufgrund der vorgesehenen Parkplatzzahl erforderlich ist. Die Umweltverträglichkeitsprüfung orientiert sich am UVB zum Businesscenter Mühlental. Das Bauprojekt Businesscenter Mühlental sah die Erstellung von 579 Parkplätzen auf dem Areal des Businesscenters vor. Für das vorliegende Projekt sind maximal 500 Parkplätze vorgesehen. Diese Obergrenze ist im Rahmenplan festgehalten. Das Verkehrsaufkommen wird somit gegenüber dem Projekt Businesscenter einerseits wegen der geringeren Anzahl Parkplätze und andererseits wegen des grossen Wohnanteils geringer ausfallen. Insofern rechnen wir, dass diese Umweltverträglichkeitsprüfung problemlos machbar ist.

Dies meine weitergehenden Ausführungen; ich danke Ihnen nochmals für die gute Aufnahme. Der Stadtrat erachtet dieses Projekt als sehr grosse Chance und dank der partnerschaftlichen Entwicklung zwischen den Besitzern und den Planern in Stadt und Kanton rechnen wir damit, dass die weiteren planerischen Schritte bis und mit Erteilung der Baubewilligung problemlos verlaufen werden. Die Stadt Schaffhausen wird in naher Zukunft ein wegweisendes Projekt erhalten. “

DETAILBERATUNG

Der **Ratspräsident** stellt fest, dass kein Antrag auf Nichteintreten gestellt wurde, **EINTRETEN** ist somit beschlossen.

Der **1. Vizepräsident, Thomas Hauser (FDP)**, verliest die Vorlage Seiten 1-12, die Anträge auf Seite 12 sowie die Beilagen (global) wie folgt:

ANTRÄGE

1. Der Grosse Stadtrat nimmt Kenntnis vom Bericht und Antrag des Stadtrates vom 29. Mai 2007 betreffend Ergänzung der Bauordnung um die Sonderzone „Vorderes Mühlental“ und der Zonenplanänderung Nr. 1 „Vorderes Mühlental“.

Kein Gegenantrag, so beschlossen.

2. Der Grosse Stadtrat stimmt der beantragten Ergänzung der Bauordnung für die neue Sonderzone „Vorderes Mühlental“ (Ergänzung von Art. 29 BauO, neue Art. 44a und 44b BauO) zu.

Kein Gegenantrag, so beschlossen.

3. Der Grosse Stadtrat stimmt der beantragten Umzonung von ca. 38'495 m² von GB Nr. 1700 von der Industriezone mit Dienstleistungen in die Sonderzone „Vorderes Mühlental“, ca. 146 m² von GB Nr. 1700 vom Wald in die Sonderzone „Vorderes Mühlental“, ca. 62 m² von GB Nr. 1700 von der Industriezone mit Dienstleistungen in die Freihaltezone, ca. 344 m² von GB Nr. 1700 vom Wald in die Freihaltezone, ca. 44 m² von GB Nr. 1700 von der Freihaltezone zum Wald und ca. 446 m² von GB Nr. 1665 von der Wohnzone W3 zum Wald zu.

Kein Gegenantrag, so beschlossen.

4. Der Grosse Stadtrat beauftragt den Stadtrat, im Zusammenhang mit der Zonenplanänderung mit der Bauherrschaft der Überbauung „Werk I Mühlental“

einen verwaltungsrechtlichen Vertrag mit folgenden Eckpunkten abzuschliessen:

- Bedingungen zur städtebaulich/architektonischen und ökologischen Umsetzung
- Zeitpunkt der Gültigkeit für Verkehrsregime, Parkierung, Bewirtschaftung/Betrieb
- Sicherstellung der öffentlichen Anlageteile mit Realisierungsfristen für Durachpark, Mall, Veranstaltungshalle usw.
- Gewährleistung der gegenseitigen Vereinbarungen

Kein Gegenantrag, so beschlossen.

5. Dieser Beschluss untersteht nach Art. 11 Abs. 1 lit. i der Stadtverfassung dem fakultativen Referendum.

Kein Gegenantrag, so beschlossen.

SCHLUSSABSTIMMUNG

Der Grosse Stadtrat heisst in der Schlussabstimmung die Vorlage des Stadtrates vom 29. Mai 2007 mit 45 : 0 Stimmen gut.

Das Geschäft ist erledigt.

Traktandum 2 VdSR Schweizersbild/Birchrüti; Landverkauf ab GB Nr. 21'295 und Umzonung von Zöbag in GW (Zonenplanänderung Nr. 3)

Andres Bächtold (SP)

SPK-Bericht

Der **Ratspräsident** informiert, dass folgende Mitglieder des Grossen Stadtrates - und gleichzeitig Mitglieder des Stiftungsrates Sporthalle Schweizersbild - bei diesem Geschäft in den Ausstand treten: Christian Bächtold (FDP), Peter Neukomm(SP), Werner Schöni (SVP).

”Der Spezialkommission NASPO, welche ich hier als Präsident vertreten darf, wurden gleich zwei Vorlagen zur Beratung zugewiesen: Einerseits die Vorlage mit dem Titel “Schweizersbild/Birchrüti; Landverkauf ab GB-Nr. 21'295 und Umzonung von ZÖBAG in GW (Zonenplanänderung Nr. 3)”, welche wir heute behandeln, und andererseits die gewichtigere Vorlage mit dem Titel “NASPO Schweizersbild/Hallensportzentrum: Investitionsbeitrag, Wiederkehrende Betriebsbeiträge, Baurechtsabgabe und Kunstrasenspielfeld Schweizersbild II”.

Bereits der Umfang der Vorlagentitel lässt erahnen, dass es sich um komplexe Geschäfte handelt, weshalb die Kommission mit Edgar Zehnder einen Vizepräsidenten wählte. Da dieser auch Mitglied der kantonsrätlichen Kommission ist, welche sich dem Hallensportzentrum annimmt, hat das den Vorteil, dass der Austausch direkt stattfinden kann und keine gemeinsamen Sitzungen notwendig sind. Die Ausstandsregelung wurde bereits im Vorgang erledigt, indem die Mitglieder der Stiftung Sporthalle Schweizersbild freiwillig auf eine Einsitznahme in der SPK

verzichteten, was zur Folge hatte, dass Christian Bächtold durch Nicole Herren und Werner Schöni durch Edgar Zehnder ersetzt wurden, während sich das Stiftungsratsmitglied Peter Neukomm gar nicht nominieren liess. Diese Kollegen befinden sich - wie der Ratspräsident bereits informierte - jetzt ebenfalls im Ausstand.

Die so konstituierte Kommission liess sich zuerst durch den Bau- und Sportreferenten Peter Kämpfer, welcher durch den Stadtplaner Olaf Wolter unterstützt wurde, die beiden Vorlagen in groben Zügen erläutern. Gleichzeitig wurden auch noch weitere Unterlagen abgegeben, welche allerdings die Vorlage, welche wir heute beraten, nicht betreffen, weshalb ich auf eine detaillierte Erwähnung jetzt verzichte.

Bereits vor der ersten Kommissionssitzung vom 27. September 2007 ging beim Stadtrat ein Schreiben der Stiftung Sporthalle Schweizersbild ein, welches mit folgenden Begründungen eine beschleunigte Behandlung der Vorlage betreffend Landverkauf und Umzonung für das Dienstleistungsgebäude an der Schweizersbildstrasse wünschte:

- Dienstleistungsgebäude und Hallensportzentrum sind, auch bewilligungstechnisch, getrennte Bauvorhaben.
- Der potentielle Mieter für das Dienstleistungsgebäude muss seinen bisherigen Standort per Ende 2007 kündigen.
- Die Umzonung und der Landverkauf müssen deshalb bis Ende November abgeschlossen sein, da andernfalls die Baubewilligung nicht rechtzeitig erteilt werden könnte.
- Das Baugesuch wurde in der Woche 39/07 eingereicht und im Amtsblatt vom 5. Oktober 2007 publiziert.

In der Folge startete die Kommission die eigentliche Arbeit mit der Beratung darüber, ob diesem Anliegen stattgegeben werden soll oder allenfalls nicht. Während eine Minderheit der Meinung war, im Sinne des Parlamentsauftrags die Vorlagen nicht zu trennen oder sogar die NASPO-Vorlage in erster Priorität zu behandeln, liess sich die Mehrheit davon überzeugen, dass die Vorlagen, ausser dem gleichen Partner - der Stiftung Sporthalle Schweizersbild - und den gemeinsam zu nutzenden Parkplätzen, keine Gemeinsamkeiten und Abhängigkeiten haben.

Die Realisierung des Dienstleistungsgebäudes präjudiziert den Bau der Sporthalle nicht; es kann völlig unabhängig von den Sporthallen realisiert und betrieben werden. Umgekehrt behindert das Dienstleistungsgebäude die NASPO aber auch nicht, da auf dieser Fläche eine Sporthalle in der geforderten Grösse nicht untergebracht werden kann. Die in der Einstellhalle geplanten Parkplätze sind tagsüber ebenfalls bereits vermietet, in den übrigen Zeiten würden sie den Sportanlässen in der bestehenden Schweizersbildhalle zur Verfügung stehen. Ich komme später noch darauf zurück.

Nach eingehender Diskussion beschloss die SPK mit 11 : 2 Stimmen, bei 2 Abwesenheiten, die Vorlagen getrennt zu behandeln und damit dem Zeitplan der Stiftung Rechnung zu tragen. Sofern Sie heute unser Vorgehen sanktionieren und mittragen können und der Vorlage schlussendlich zustimmen, sind wir sogar einen Monat früher am Ziel als von der Stiftung gefordert.

Damit komme ich nun zur Vorlage "Schweizersbild/Birchrüti; Landverkauf ab GB-Nr. 21'295 und Umzonung von ZÖBAG in GW (Zonenplanänderung Nr. 3)", deren Inhalt ich zuerst kurz darstellen will, bevor ich dann die Kommissionsberatung darlegen

werde.

Die Stiftung Sporthalle Schweizersbild hat, um sich Optionen für den Ausbau der Schweizersbildhalle zu sichern, das westlich gelegene Grundstück GB 21'480 erworben. Im Zusammenhang mit der Planung eines Nationalen Hallensportzentrums hat sich dann aber gezeigt, dass eine Sporthalle der geforderten Dimensionen an diesem Standort nicht möglich ist. Das Grundstück bietet sich aber für die Realisierung der notwendigen Parkieranlagen an, gleichzeitig kann mit dem geplanten Dienstleistungsgebäude auf der Autoeinstellhalle einerseits die städtebauliche Situation in diesem Gebiet geklärt und verbessert werden, und andererseits können allfällige Ertragsüberschüsse mithelfen, die Sporthallen zu finanzieren, was der Idee einer Mantelnutzung entspricht.

Um aber das Bürogebäude und die Parkieranlage optimal auslegen und in der geforderten Grösse realisieren zu können, muss die südwestlich der jetzigen Sporthalle gelegene Restfläche des Grundstücks GB 21'295, welche jetzt als Parkplatz dient, dazugeschlagen und, da das Bürogebäude nicht zonenkonform wäre, von der ZÖBAG in die Gewerbe- und Wohnzone umgeteilt werden.

Um diese Vorgänge nachvollziehen zu können ist es notwendig, dass Sie die beiliegenden Situationspläne zur Hand nehmen. Gleichzeitig werden auch, um die Zufahrt zur Reitsporthalle und zum Hotel Hohberg zu verbessern, noch kleinere Korrekturen in diesem Bereich vorgenommen, indem die öffentliche Hand 53 m² Land von der Stiftung übernimmt und dieses von der Gewerbe- und Wohnzone in die Zone Verkehrs- und übrige Flächen umgeteilt wird, während 1 m² das umgekehrte Schicksal erleiden soll.

Das ist insgesamt die Zonenplanänderung Nr. 3 und die unbestrittene Folge des vorgesehenen Landverkaufs. Wie bereits erwähnt, benötigt die Stiftung für die Realisierung des Bürogebäudes mit Autoeinstellhalle für 210 Fahrzeuge die Fläche zwischen Schweizersbildhalle und Schweizersbildstrasse. Diese Teilfläche von GB 21'295 im Umfang von ca. 1'438m² soll der Stiftung zum Preis von Fr. 190.-- pro m² überlassen werden. Nach Aufrechnung und Abzug der Bereinigungsflächen für die Strassenkorrektur verbleiben ca. 1'386 m², was dann einen Erlös zu Gunsten der Stadt in Höhe von Fr. 263'340.-- ergibt.

Mit der Realisierung des Bauvorhabens soll auch der Strassenabschluss neu gestaltet werden, indem zu Lasten der Stiftung eine strassenbegleitende Baumallee mit dahinter liegendem - und somit von der Fahrbahn getrenntem - Fussweg realisiert werden soll. In diesen Bereich käme dann neu auch eine Bushaltestelle zu liegen, was Sie dem Gesamtübersichtsplan, welcher Beilage der NASPO-Vorlage ist, entnehmen können. Allee und Fussweg werden nach Abschluss der Arbeiten kostenlos an die Stadt abgetreten, welche dann allerdings auch Betrieb und Unterhalt zu besorgen hat. Soviel zu den Fakten der Vorlage, damit komme ich zu den Beratungen in der Kommission.

Vorgängig zur eigentlichen Eintretensdebatte wurde darüber beraten, ob die Vorlagen getrennt behandelt werden können. Neben der schon eingangs erläuterten Klärung der Frage der Abhängigkeit der beiden Projekte drehte sich die Diskussion dabei insbesondere um folgende Punkte:

Bezüglich Einstellhalle mit 210 Plätzen wurde klargestellt, dass diese Anlage alleine ohne weiteres realisiert werden kann, zusammen mit der geplanten Einstellhalle

beim NASPO aber eine UVP unumgänglich würde, da ein funktionaler Zusammenhang besteht. Gemäss einem entsprechenden Vorbericht kann die Umweltverträglichkeit bejaht werden. Die Parkplätze werden selbstverständlich bewirtschaftet.

Der Bedarf für die Einstellhalle auch ohne NASPO scheint gegeben. Die Abstellplätze werden tagsüber von der Firma Cilag gemietet, welche bereits jetzt die gegenüber liegenden Parkflächen belegt und weitere Parkflächen an andern Standorten mietet. Die Cilag kann somit sämtliche Personalparkplätze an einem Ort konzentrieren und die Mitarbeitenden können mit Jobtickets mit den Städtischen Verkehrsbetrieben zu den Arbeitsplätzen gelangen, was den Betrieb der Shuttlebusse überflüssig und ökologisch Sinn macht.

Aufgrund der Grösse beider Projekte zusammen wurde der ökologische Ausgleich, beziehungsweise die fehlende Naherholungs- und Grünraumplanung vermisst. Darauf wird mit der NASPO-Vorlage zurückzukommen sein.

Dass mit dem Bau eines Dienstleistungsgebäudes an diesem Standort eine spätere Erweiterung der bestehenden Sporthalle verunmöglicht wird, ist unbestritten, liegt aber in der Verantwortung der Stiftung.

Die Frage nach Verkauf oder Abgabe im Baurecht wurde ebenfalls bereits diskutiert, darauf komme ich aber später zurück.

Nachdem, wie bereits erwähnt, mit 11 : 2 Stimmen, bei 2 Abwesenheiten, der Beschluss stand, diese Vorlage separat zu behandeln, beschränkte sich die eigentliche Eintretensdebatte auf *zwei Nebenaspekte*:

1. Kritisiert wurde der Standort der Bushaltestelle auf der Strasse, darauf komme ich zurück.
2. Als zweiter Punkt wurde in Frage gestellt, ob auf dem schmalen Landstreifen entlang der Strasse sinnvoll Bäume wachsen können. Dieser Punkt konnte mit Hinweis auf andere ähnliche Situationen, wo das offenbar funktioniert, geklärt werden.

Damit war die SPK bereit, einstimmig, bei 2 Abwesenheiten, auf die Vorlage einzutreten. In der Detailberatung schliesslich wurden *drei Punkte* vertieft angeschaut und diskutiert:

1. Nochmals der Standort der Bushaltestelle. Die Frage dabei war, ob die Bushaltestelle auf der Fahrbahn positioniert und damit den Verkehr - je nach Anschauung behindert oder beruhigt - zu verantworten sei, oder ob diese nicht in eine Nische gehöre. In diesem Fall käme sie auf das Land der Stiftung zu liegen, und es würde sich die Frage stellen, wer diese zu bezahlen hätte. Eine Mehrheit war der Meinung, diese Frage könne nicht in einer Kommission, welche eine Umzonung und einen Landverkauf zu beraten hat, geklärt werden. Diese Frage wurde ans Baubewilligungsverfahren delegiert und der Stadtrat aufgefordert, die Lösung anzustreben, welche für sämtliche Verkehrsteilnehmenden am meisten Sicherheit verspricht. Auf die Formulierung eines entsprechenden Kommissionsantrags wurde deshalb verzichtet. Ob diesbezüglich inzwischen Einwendungen eingegangen sind weiss ich nicht.

2. Als zweiter Punkt wurde der Landpreis in Frage gestellt. Der vorgesehene Preis von Fr. 190.-- pro m² basiert auf dem Preis, welchen die Stiftung vor ca. einem Jahr dem privaten Eigentümer von GB 21'480 bezahlt hat. Möglich an der Schweizersbildstrasse wäre ein Preis von ca. Fr. 210.-- pro m². Die Argumente, dass einerseits die Preisbasis des Nachbargrundstücks plausibel sei und andererseits ein neuer, allenfalls höherer Schätzpreis bei einem Verkauf an eine gemeinnützige Stiftung zu einem Rabatt führen müsste überzeugten, ein Antrag wurde deshalb nicht gestellt, beziehungsweise wieder zurückgezogen.
3. Zuletzt wurde nochmals über Verkauf oder Baurecht diskutiert. Das geplante Gebäude kommt sowohl auf das der Stiftung gehörende Grundstück GB 21'480 als auch auf die zur Debatte stehende Teilfläche von GB 21'295 zu stehen. Das Gebäude würde also im Falle einer Baurechtsabgabe mehrheitlich auf privatem und zu einem kleineren Teil auf Baurechtsland stehen, was nur mit einem komplizierten juristischen Konstrukt möglich wäre. Zudem handelt es sich bei dieser Restfläche um Land, für welches die Stadt, insbesondere im überbauten Zustand, keinen Bedarf hat. Eine Mehrheit der Kommission stimmte deshalb der Verkaufsabsicht, also Antrag 1 der Vorlage, mit 12 : 1 Stimme – bei 2 Enthaltungen – zu.

Mit dem gleichen Resultat verabschiedete die Kommission schliesslich die Vorlage unverändert.

Zum Schluss bleibt mir noch, Peter Käppler und Olaf Wolter für die wertvolle Unterstützung der Kommissionsarbeit, Frau Riedel für das speditive und korrekte Protokoll und den Mitgliedern der SPK für die engagierte Mitarbeit zu danken. Die Kommissionsarbeit geht, was unüblich ist, weiter. Wir sind an einer zweiten Sitzung bereits in die Thematik der eigentlichen NASPO-Vorlage eingestiegen. Aufgrund der Vielschichtigkeit ist bereits jetzt abzusehen, dass uns dieses Geschäft noch einige Zeit beschäftigen wird, ein Vorziehen dieser einfacheren Vorlage war, beziehungsweise ist also sicher richtig.

Ich bitte Sie deshalb, unser Vorgehen zu sanktionieren, auf die Vorlage einzutreten und dieser auch zuzustimmen, damit die Stiftung wenigstens in einem Bereich ihrer Expansionsabsichten Sicherheit erlangt und agieren kann.

Ich erlaube mir nun noch, eine kurze Fraktionserklärung anzuhängen:

Die SP-AL-Fraktion schliesst sich den Überlegungen der SPK an und wird auf die Vorlage eintreten. Obwohl wir nach wie vor grundsätzlich die Abgabe von Bauland im Baurecht favorisieren, haben in diesem speziellen Fall die Argumente von Stadtrat und SPK –grossmehrheitlich – überzeugt, entsprechend wird auch die Zustimmung zu den Anträgen ausfallen. “

Josef Eugster (SVP)

SVP/JSVP/EDU-Fraktionserklärung

”Ich denke, es ist wichtig, dass mit dem heutigen Geschäft kein Präjudiz für die NASPO Halle geschaffen wird. Der SPK-Präsident Andres Bächtold hat den Sachverhalt bereits ausführlich vorgestellt; trotzdem möchte ich noch einige unschöne Seiten der Vorlage kommentieren.

Es handelt sich vor allem um den Landpreis. Da auf diesem Grundstück kein Entwicklungspotenzial für die Stadt Schaffhausen besteht und die Errichtung eines

Baurechts kaum sinnvoll wäre, ist der Verkauf der richtige Weg. Das einzig Unschöne dabei ist der Verkaufspreis von Fr. 190.-- pro Quadratmeter; korrekt wäre ein Landpreis von Fr. 210.-- pro Quadratmeter. Die Begründung, dass der private Verkäufer ebenfalls Fr. 190.-- verlangt habe, ist nur schwer nachvollziehbar. Die Differenz ergibt einen Minderbetrag von rund Fr. 28'000.--. Der Stadtrat schwimmt offenbar im Geld und kann auf diesen Betrag verzichten. Ich hoffe, dass dieses Vorgehen Schule macht. Es könnte ja sein, dass ein privater Landbesitzer einer privaten Stiftung das Land zum halben Preis veräussert oder gar kostenlos abgibt.

Die SVP/JSVP/EDU-Fraktion wird im Interesse der Sache diesem Geschäft trotzdem zustimmen und hofft, dass diese Landpreispolitik einmalig sein werde. “

Bernhard Egli (OeBS)

OeBS/EVP-Fraktionserklärung

”Wir haben in der SPK zwei zusammenhängende Vorlagen zu beraten. Die OeBS/EVP-Fraktion hatte etwas Mühe damit, dass die beiden Geschäfte getrennt wurden und das eine nun vorgezogen im Rat behandelt wird.

Das Vorhaben eines nationalen Hallensportzentrums mit Parkhaus und Bürogebäude ist raumplanerisch grossräumig gesehen an einem idealen Standort, verkehrerschliessungs- und nutzungsmässig zusammen mit dem bestehenden Hallenzentrum.

Während die parzellenscharfe Platzierung der neuen Halle, über die wir in der SPK noch verhandeln, stark umstritten ist, liegt die geplante Bürobaute mit Parkhaus optimal. Sie hängt zusammen mit der NASPO, präjudiziert aber nichts, da diese Bürobaute mit Parkhaus auch für sich bestehen kann. Sie bildet aber eine wirtschaftliche Basis, später das NASPO möglichst wenig defizitär zu führen, also je stärker das Ja hier ausfällt, umso weniger öffentliche Gelder für das NAPO sind später nötig. Die beantragte notwendige Umzonung ist sinnvoll und unbestritten.

Die bei uns kontrovers diskutierte Frage, ob das städtische Land verkauft werden sollte, empfinde ich persönlich als nicht so brisant. Eine öffentliche Nutzung zum Beispiel als Kindergarten oder ähnlich sehe ich nicht. Der Landerlös kommt ja wie üblich in den Landreservenfonds, womit die Stadt an strategisch bedeutungsvoller Stelle wieder investieren kann.

Die OeBS/EVP-Fraktion tritt auf die Vorlage ein und stimmt ihr zumindest mehrheitlich zu. Ich weiss nicht, ob von Seiten der SVP noch ein Antrag auf einen höheren Landpreis erfolgen wird. Unsere Stellungnahme darauf lassen wir zurzeit noch offen. “

Nicole Herren

FDP/jfsh-Fraktionserklärung

”Mein Dank geht zuerst an den Kommissionspräsidenten Andres Bächtold für seinen detaillierten Bericht sowie die speditive Leitung der Sitzung der Spezialkommission.

Es bleibt zu hoffen, dass auch die eng mit dieser Vorlage verbundene Vorlage *NASPO Schweizersbild/Hallensportzentrum* so zügig behandelt werden kann. Bekanntlich sollte man ja die Hoffnung zuletzt aufgeben.

Da bereits alles Wesentliche erwähnt wurde, und ich die Sitzung nicht unnötig verlängern möchte, kann ich mich kurz fassen:

Die FDP/jfsh-Fraktion wird geschlossen auf diese Vorlage eintreten und ihr im Sinne der Anträge zustimmen. “

Katrin Hauser-Lauber (FDP)**Votum**

”Obwohl ich aus allen genannten Gründen dem eigentlichen Landverkauf und der Umzonung Schweizersbild/Birchrüti zustimmen kann, möchte ich doch noch eine Bemerkung anbringen.

Die Kommission war, wie es der SPK-Präsident geschildert hat, nicht einstimmig bereit, die Vorlage Landverkauf und Umzonung Schweizersbild/Birchrüti der NASPO-Vorlage vorzuziehen. Ich konnte als SPK-Mitglied die beiden Vorlagen nicht ganz voneinander trennen. Die Büroräume können jetzt mit dem Verkauf und der Umzonung bereits realisiert werden, obwohl sie als Mantelnutzung für das Hallensportzentrum dienen.

Der eingeschlagene Weg erscheint mir auch heute noch unlogisch. Hinter dem eigentlichen Geschäft Landverkauf und der Umzonung kann ich aber stehen. Ich möchte hier noch einmal klar hervorstreichen, dass es nicht richtig wäre, wenn mit der Annahme der Vorlage schon heute grünes Licht für die Realisation des Hallensportzentrums signalisiert würde. “

Urs Tanner (SP)**Votum**

”Da Andres Bächtold in seinen Ferien das Handy nicht ausgeschaltet hat, wurde er SPK-Präsident. Ich bin sehr froh darüber, weil er seine Arbeit sehr gut gemacht hat. Trotzdem möchte ich als Privatperson noch folgende zwei Punkte anfügen:

Bemerkungen zur Thematik Ausstand:

Traktandum 1 und 2 haben gezeigt, dass die Ausstandsregelung wichtig ist. Manchmal greift sie, lässt aber trotzdem Raum für Diskussionen. Lernen und profitieren wir daraus für eine verbesserte und griffigere Regelung in der neuen Geschäftsordnung, welche zurzeit in der SPK-Parlamentsreform in Arbeit ist. Sowohl für Traktandum 1 wie auch für das 2. Traktandum wurde eine saubere Lösung getroffen.

Bemerkungen zur Vorlage:

Ich persönlich bin nicht für einen Verkauf, und zwar aus zwei Argumenten: Ich werde mich in diesem Geschäft der Stimme enthalten, weil ich mich nicht grundsätzlich quer stellen möchte.

1. Josef Eugster hat diesen bereits erwähnt, der Verkaufspreis erscheint mir zu tief; die Argumentation erscheint mir unlogisch. Auf Seite 2 der Vorlage ist zu lesen, dass ein Landpreis von Fr. 190.-- eingesetzt wird; der Landpreis soll gleich hoch sein wie derjenige, den der jetzige Käufer für die private Parzelle GB Nr. 21'480 bezahlt hat. Dies bedeutet, der Käufer/Interessent definiert den Verkäuferpreis. Damit bin ich alles andere als glücklich. Ein Landpreis in der Höhe von Fr. 210.-- bis Fr- 220.-- wäre durchaus möglich gewesen. Dies ist allerdings kein Grund für eine Enthaltung oder eine Nein-Stimme.
2. Wenn ein Baurecht - wenn auch juristisch kompliziert - machbar ist, bin ich aus Prinzip gegen einen Verkauf.

Aus diesen Gründen werde ich mich der Stimme enthalten. “

Christian Hablützel (SP)**Votum**

”Erlauben Sie mir eine kurze Bemerkung. Ich höre jetzt zum zweiten Mal innert kürzester Zeit, dass eine gemeinnützige Stiftung auftritt und um Nachlass bezüglich Verkaufs-, Miets- oder Baurechtspreisen verlangt. Ich möchte dies in Zukunft nicht mehr hören. Wenn gemeinnützige Stiftungen Businesszentren bauen, sind dies eigentlich Profitbetriebe und unter dem Steuervehikel Gemeinnützigkeit finde es auf die Dauer nicht angebracht, städtische Subventionen zu sprechen. Unter Gemeinnützigkeit verstehe ich immer noch, dass die grosse Allgemeinheit einen Nutzen daraus ziehen kann; diese Voraussetzung sehe ich in verschiedenen Vorlagen nicht immer astrein erfüllt. Wenn das Hallensportzentrum kommt und eine Quersubvention stattfindet, könnte man dieses Konstrukt wieder vertreten. Wird das Hallensportzentrum jedoch nicht erbaut, haben wir Land zu einem Preis unter dem Stichwort Gemeinnützigkeit verkauft, das einem Business Center zugute kommt. Die Frage, ob dies nicht marktverzerrend ist, bleibt offen. “

Dr. Cornelia Stamm Hurter (SVP)**Votum**

”Ich möchte nicht langfädig werden, aber trotzdem kurz das von Christian Hablützel erwähnte Gemeinnützigkeitskriterium aufnehmen. Das ist ein sehr breiter Begriff, und es gibt eine sehr enge Definition im Bundesgesetz für die direkte Bundessteuer. Ich wage zu bezweifeln, ob die Stiftung dieses enge Kriterium erfüllt, weil gerade das von Christian Hablützel Angesprochene nicht unter gemeinnützig fällt. Es darf nur zum eigenen und gemeinnützigen Wohle sein, ohne ein daneben betriebenes Geschäft, sonst entfällt die Definition der Gemeinnützigkeit im Sinne des Steuerrechtes. “

SR Peter Käppler**Stellungnahme SR**

”Ich kann mich diesmal kürzer fassen, weil alles Wichtige bereits gesagt wurde. Mein herzlicher Dank geht an den SPK-Präsidenten Andres Bächtold für die sehr gute Schilderung der SPK-Beratungen, und Ihnen danke ich für die mehrheitlich gute Aufnahme und vor allem für das Verständnis für das Vorziehen der Vorlage.

Das Bürogebäude und die Parkierung sind aber eigenwirtschaftlich und komplett unabhängig von der Realisierung des NASPO umsetzbar. Dies waren auch die Gründe dafür, dass der Stadtrat zwei Vorlagen ausgearbeitet hat. Der Kontext mit dem NASPO besteht darin, dass der Gewinn in die Stiftung fliesst - wie gemeinnützig dies ist, ist allerdings ein anderes Thema - und so auch im Sinne einer Mantelnutzung zur Finanzierung der Sporthallen herangezogen werden kann. Sollte dieser Landverkauf und die Umzonung nicht realisiert werden, wird das NASPO-Geschäft in keiner Art und Weise präjudiziert. Unter diesem Aspekt ist es ein ganz normales Landgeschäft für die Stadt Schaffhausen und die Nutzung dient der Wirtschaftsförderung.

Mit der Realisation des vorgesehenen Bürogebäudes kann aus Sicht des Stadtrates eine städtebaulich gute Lösung gefunden werden und stellt einen sinnvollen Abschluss der Strasse dar. Die Mieter für die Büroräume stehen ebenfalls fest, darum auch der zeitliche Druck. Es können damit Arbeitsplätze in der Stadt Schaffhausen gesichert werden. Die Parkplätze werden tagsüber ausschliesslich von Mitarbeitern der Firma CILAG genutzt. Die Firma beabsichtigt, ihren Mitarbeitern an

einem Standort, welcher mit den öffentlichen Verkehrsmitteln gut erreichbar ist, Parkplätze zur Verfügung zu stellen. Die heute offenen Parkplätze werden in eine Einstellhalle integriert, was sehr zu begrüssen ist. Die CILAG hat Auflagen von der Stadt, in welchen festgehalten ist, dass in der Umgebung der Firma an der Hochstrasse praktisch keine Parkierungsmöglichkeiten zur Verfügung stehen.

Mit dem mit den Parkplätzen verbundenem Verkehrskonzept kann die CILAG im Sinne eines Park and Ride - Konzeptes ihre Mitarbeiterparkplätze an einem Ort konzentrieren. Die Mitarbeiter können mit dem Bus der VBSH Nr. 3 und Nr. 6 anschliessend ihren Arbeitsplatz bei der CILAG erreichen. Ich glaube, die Bewohner vom Geissberg/Hochstrasse und von Herblingen werden dankbar sein.

Im Gegensatz zur NASPO-Vorlage handelt es sich um ein normales Geschäft, ohne irgendwelche Konditionen, welche eine Vergünstigung für die Stiftung beinhalten könnten. Das möchte ich hier ganz klar festhalten. Das Projekt ist baureif. Die Baubewilligung kann aber erst erteilt werden, wenn gewährleistet ist, dass die Umzonung vorgenommen werden kann.

Das einzige Problem im Hinblick auf die Entwicklung des Hallensportzentrums im Schweizersbild könnte darin bestehen, dass durch den Bau des Bürogebäudes die Option einer möglichen Vergrösserung der bestehenden Birchrüthalle vergeben würde. Dies ist heute kein Thema mehr.

Umweltverträglichkeit:

In dem Gebiet befinden sich bereits heute weit über 100 Parkplätze der Firma CILAG. Es liegt eine erste Voruntersuchung vor, welche mit der KOfU (Koordinationsstelle für Umweltschutz des Kantons) besprochen wurde. Die KOfU hat signalisiert, dass die Umweltverträglichkeit in Aussicht gestellt werden kann. Sollten nach Abschluss der ersten Bauetappe flankierende Massnahmen, beispielsweise bezüglich der Anzahl Parkplätze, notwendig sein, müssten diese in der zweiten Etappe Anwendung finden. Die Umweltverträglichkeitsprüfung kann nicht umgangen werden, weil die Parkplätze beider Projekte, beispielsweise bei Wettkampfbetrieb, genutzt werden. Es handelt sich um eine betriebliche Einheit.

Die Parkplätze sind bewirtschaftet, was sehr wichtig ist. Die Parkplätze in der Einstellhalle des Bürogebäudes stehen am Abend und an den Wochenenden auch den Nutzern der Birchrüthalle, des NASPO und den Fussballfeldern zur Verfügung. Dies bedeutet auch eine Verkehrsberuhigung im Quartier, das heute auch oft unter den parkierten Autos der Fussballspielenden leidet.

Zu Verkauf/Baurecht:

Aus grundbuchtechnischen Gründen soll ein Gebäude auf einer Parzelle stehen und nicht auf verschiedenen Grundstücken verschiedener Eigentümern und mit verschiedenen Eigentumsverhältnissen.

Beim Entscheid Baurecht oder Verkauf liess sich der Stadtrat von den Erfahrungen beim Baurecht "Landhaus" leiten, wo klar zum Ausdruck kam, dass eine Baute über verschiedene Grundstücke verschiedener Eigentümer und mit verschiedenen Eigentumsverhältnissen grundbuchtechnisch nicht machbar ist und grosse Probleme aufwirft. Um klare Verhältnisse für das Bauvorhaben zu schaffen, entschied sich der Stadtrat für den Verkauf der Teilfläche, was einfacher ist und kein Juristenfutter beschert.

Zur Kritik am Landpreis:

Der Landpreis wurde auf dem gleichen Niveau angesetzt wie der damalige Kaufpreis für die private Parzelle Habicht, welche das Land nicht zu Wohltätigkeits-, sondern zu Marktpreisen verkauft. An der Schweizersbildstrasse betragen die Landpreise für ähnliche Grundstücke in der gleichen Zone rund Fr. 190.-- bis Fr. 220.-- pro m².

Es wurde auf eine Grundstückschätzung verzichtet. Man hat den Verhandlungspreis übernommen, den der private Verkäufer für den grossen Teil des Grundstückes, das wesentlich mehr einbringt, verlangt hat. Bei einer Verkehrswertschätzung des AGS würde der Schätzer auch auf Vergleichspreise in unmittelbarer Umgebung abstellen und vermutlich auf dem gleichen Preis kommen. Die Qualität dieser Teilgrundstückes ist nicht vergleichbar mit Grundstücken auf der anderen Stassenseite, wo in einer Baurechtsvorlage der Grosse Stadtrat einem Landpreis von Fr. 210.-- zugestimmt hat. Der Stadtrat ist überzeugt, kein Geld zu verschenken, sondern einen realistischen Preis festgelegt zu haben.

Ich bitte Sie abschliessend um Zustimmung zur Zonenplanänderung und zu diesem Landverkauf. Es können zusätzliche Arbeitsplätze, eine gute Lösung für den öffentlichen Verkehr und das Verkehrsregime in diesem Gebiet geschaffen werden, was schon alleine eine Unterstützung dieser Vorlage verdient. “

DETAILBERATUNG

Der **Ratspräsident** stellt fest, dass kein Antrag auf Nichteintreten gestellt wurde, **EINTRETEN** ist somit beschlossen.

Der **1. Vizepräsident, Thomas Hauser (FDP)**, verliert die Vorlage Seiten 1-4, die Anträge auf Seite 5 sowie die Beilagen wie folgt:

ANTRÄGE

1. Der Grosse Stadtrat stimmt dem Verkauf einer Teilfläche des städtischen Grundstückes GB Nr. 21'295 "Schweizersbild/Birchrüti" im Umfang von ca. 1'438 m², respektive netto ca. 1'386 m² an die "Stiftung Sporthalle Schweizersbild", Schweizersbildstrasse 43, 8207 Schaffhausen, zu den in der Vorlage des Stadtrates vom 14. August 2007 genannten Bedingungen zu.

Kein Gegenantrag, so beschlossen.

2. Der Grosse Stadtrat stimmt der beabsichtigten Umzonung der abzutretenden Grundstückfläche ab GB Nr. 21'295 im Umfang von ca. 1'438 m² von der Zone für öffentliche Bauten, Anlagen und Grünflächen in die Gewerbe- und Wohnzone sowie der Umzonung von ca. 1 m² von GB Nr. 21'086 von der Verkehrs- und übrigen Flächen in die Gewerbe- und Wohnzone und von ca. 53 m² von GB Nr. 21'480 von der Gewerbe- und Wohnzone in die Verkehrs- und übrigen Flächen gemäss Vorlage des Stadtrates vom 14. August 2007 zu.

Kein Gegenantrag, so beschlossen.

SCHLUSSABSTIMMUNG

Der Grosse Stadtrat heisst in der Schlussabstimmung die Vorlage des Stadtrates vom 14. August 2007 mit 40 : 0 Stimmen gut.

Das Geschäft ist erledigt.

Traktandum 3 Motion Peter Neukomm (SP): Energie- und Klimaschutzkonzept**Peter Neukomm (SP)****Begründung**

"Nach sechs Monaten auf der Traktandenliste ist diese Motion jetzt reif. Ich hoffe, dass in dieser Zeit noch einige zusätzliche Kenntnisse bei uns allen gereift sind und möchte an den Anfang dieser Motion ein Zitat stellen:

Jetzt müssen alle Farbe bekennen. (...) Jetzt (...) ist die Zeit pauschaler Rückweisungen vorbei, und vorbei ist auch die Zeit, da ein grünes Mäntelchen für den Wahltag hätte reichen können.

Diesen Appell an die Politik aus dem Leitkommentar des Tages Anzeigers vom 04.09.07 stelle ich bewusst an den Anfang meiner Begründung, in der Hoffnung, dass unsere Motion heute eine wohlwollende Aufnahme finden wird. Das Zitat steht im Zusammenhang mit den Vorschlägen von Bundesrat Moritz Leuenberger zur Förderung der Energieeffizienz und von erneuerbaren Energien.

Ich glaube auch, dass die gestrigen Entscheide des Kantonsrats, der zwei Motionen zum Klimaschutz überwiesen hat, einen guten Vorlauf für unsere heutige Diskussion darstellen.

Unser Anliegen möchte ich anhand von vier wichtigen Fixpunkten untermauern:

- Klare Botschaft der Wissenschaft
- Einsicht, dass Klimapolitik auch Wirtschaftspolitik ist
- Vorbild der anderen Städte
- Ökobilanz der Stadt Schaffhausen 2004/2005

Klare Botschaft der Wissenschaft:

Die klare Botschaft der Wissenschaft lautet: Der Klimawandel ist noch zu stoppen, aber nur, wenn der Ausstoss der klimarelevanten Schadstoffe bis 2050 massiv gesenkt und das Energiesystem weltweit umgebaut wird. Leider ist die Politik noch weit davon entfernt, nach den Erkenntnissen der Wissenschaft zu handeln – auch in der Schweiz.

Immerhin: Die nächstes Jahr bundesweit geplante Einführung einer kostendeckenden Einspeisevergütung für erneuerbare Energien ist da; endlich ein Hoffnungsschimmer. Dasselbe gilt für die Erhöhung der kantonalen Fördermittel auf Fr. 550'000.-- pro Jahr sowie die Aufstockung der kantonalen Energiefachstelle.

Die Frist von 8 Jahren, welche die UNO sich gesetzt hat, um die weitere Erderwärmung zu verhindern, ist nicht Ausfluss wissenschaftlicher Erkenntnisse, sondern ein rein politischer Kompromiss. Er suggeriert, dass es erst 5 vor 12 ist, dabei ist es in Wirklichkeit bereits 5 nach 12!

Der Klimawandel ist in vollem Gange. Die ersten zwei Grad Erwärmung sind nicht mehr zu stoppen. Es geht jetzt darum, das dritte und vierte Grad zu verhindern. Die weitere Klimaerwärmung lässt sich nur stoppen, wenn wir nicht nur den Ausstoss von Schadstoffen massiv senken, sondern wenn es uns gelingt, auch den Energieverbrauch bis 2030 zu halbieren und bis 2050 um Zweidrittel zu reduzieren. Das ist keine Utopie. Das Know how und die technischen Möglichkeiten dafür existieren. Es braucht jetzt eine Kombination aus rechtlichen Vorgaben, einer massiven Erhöhung der Fördermittel und einer ökologischen Steuerreform.

Nötig ist eine neue Zielsetzung in der Energie- und Klimapolitik; diese heisst: 2000-Watt-Gesellschaft. Es geht dabei um die Vision, dass der Energiebedarf jedes Erdenbewohners einer durchschnittlichen Leistung von 2000 Watt entspricht. Das wäre der Wert, den wir in der Schweiz pro Kopf in den Sechzigerjahren verbraucht haben. Heute liegen wir bei rund 5000 - 6000 Watt. Das Ziel ist ohne wesentliche Komforteinbusse, aber nur mit einem nachhaltigen Energieverbrauchsmodell, das auch den Ausstoss an Treibhausgasen senkt, zu erreichen. Pro Kopf soll der Energiebedarf mit 1500 Watt aus erneuerbaren und nur noch mit 500 Watt aus fossilen Energien gedeckt werden. Dies soll durch Energieeffizienz an Gebäuden, Geräten und Fahrzeugen, durch Entwicklung neuer Technologien, aber auch durch gesetzliche Vorgaben bewerkstelligt werden.

Es hat mich natürlich gefreut, dass der am 03.07.07 vom Stadtrat genehmigte Energierichtplan bei den Energiezielen der Stadt die 2000-Watt Gesellschaft aufführt. Dort heisst es, die Ziele und Erkenntnisse der 2000-Watt Gesellschaft würden die langfristige Energiepolitik der Stadt beeinflussen. Das ist uns einfach zu wenig. Hier muss es heissen: *„Diese Ziele und Erkenntnisse müssen die Energiepolitik der Stadt bestimmen...“*

Einsicht: Klimapolitik = Wirtschaftspolitik:

Nicht nur der ehemalige Weltbank Chefökonom Nicholas Stern und die Rückversicherer haben darauf hingewiesen, dass gerade eine wirtschaftliche Betrachtungsweise heute schnelles und wirksames Handeln gebietet, um die schlimmsten Risiken und Auswirkungen der Klimaerwärmung zu tragbaren Kosten zu vermeiden. Auch der Klimabericht 2050 für die Schweiz, der am 14.03.07 vorgestellt wurde, zeigt auf, dass diese wirtschaftlichen Auswirkungen des Klimawandels, wie Extremwetterlagen mit Überschwemmungen, Wassermangel und Aufheizung von Gewässern, Bergstürze und Erdbeben, Ernteausfälle, Auftauen des Permafrostes, abschmelzende Gletscher und Schneemangel in den Tourismusregionen auch in unserem Land immer stärker spürbar sein werden. Steigen die globalen Temperaturen um drei Grad an, rechnet der Bund für das Jahr 2050 mit Kosten von über einer Milliarde Franken pro Jahr, die durch klimabedingte Schäden in der Schweiz entstehen.

Die Bekämpfung der weiteren Klimaerwärmung ist also auch Wirtschaftspolitik. Zugleich stellt sie eine langfristig Strategie für mehr Wachstum dar. Dies belegen die Auswirkungen der bisherigen Förderprogramme des Bundes. Sie hatten nicht nur eine Reduktion des Energiebedarfs und des CO₂-Ausstosses zur Folge, sondern auch eine spürbare Beschäftigungswirkung.

Vorbild anderer Städte:

In verschiedenen Städten wurden die dramatischen Zeichen der Zeit erkannt und die Zielsetzungen in der Energie- und Klimaschutzpolitik aufgrund der neusten Erkenntnisse revidiert. Sie versuchen den kommunalen Handlungsspielraum zur

Zielerreichung 2000-Watt-Gesellschaft auszuloten und konsequent auszunutzen. Dazu gehören zum Beispiel die Pilotregion Basel, das Energiekonzept der Stadt St. Gallen, die Energiestrategie der Stadt Bern oder die Nachhaltigkeitsstrategie der Stadt Winterthur. Zuletzt sei an die Stadt Zürich erinnert, welche in der Legislatur 2006–2010 ein Konzept „2000-Watt Gesellschaft für die Stadt Zürich“ ausarbeiten will. Schaffhausen muss hier ebenfalls mitziehen.

Ich will damit nicht sagen, dass in unserer Stadt nichts passiert ist - ganz und gar nicht. Der Stadtpräsident wird uns sicher eine Übersicht der bisherigen, zum Teil vorbildlichen Anstrengungen liefern. Sie sind zu würdigen, reichen heute aber einfach nicht mehr.

Ökobilanz der Stadt Schaffhausen 2004/2005:

Das zeigt auch die Ökobilanz 2004/2005. Sie bewertet die Umweltsituation unserer Stadt nur gerade als befriedigend. Die gesetzlichen Vorgaben sind nur teilweise eingehalten und die Zielvorstellungen (zum Beispiel der EnergieSchweiz, der Klimabündnisstädte) nur teilweise erreicht.

Der Energieverbrauch pro Kopf ist auch in unserer Stadt immer noch auf einem Wachstumspfad. Dies hängt vor allem mit einer Zunahme der Mobilität, der Wohnfläche pro Kopf und mit der konjunkturellen Entwicklung zusammen. Der Gesamtenergieverbrauch hat zwischen 1992 und 2004 um 3,5% zugenommen. Deutlich zugenommen hat vor allem der Energieverbrauch der Haushalte. Der Treibstoffverbrauch erhöhte sich um 7%, Elektrizität +14%, Erdgas +31%, Brennholz +44%. Einzig beim Heizöl resultierte dank Substitution durch Erdgas eine Abnahme von 31%.

Zitat aus Ökobilanz 2004/2005: *„Die Ziele von EnergieSchweiz sind bei Halbzeit der Programmdauer in weite Ferne gerückt. Der Anteil an erneuerbaren Energieträgern ist dank Förderprogrammen und hohem Einsatz der KOMENG im Vergleich zu 2000 wohl deutlich angestiegen, jedoch immer noch marginal. Nach wie vor hängt die Energieversorgung unserer Stadt zu rund Dreiviertel von nicht erneuerbaren Energieträgern und damit auch vom Ausland ab.“* Dies widerspricht aber klarerweise der Zielsetzung einer nachhaltigen Entwicklung.

Beim Schadstoffausstoss haben wir trotz grossem Wachstum des Wohnraumes den Stand von 1992 halten können. Das ist ein Erfolg, der auf der Steigerung des Wirkungsgrades der Heizungen und dem Ersatz von Erdöl durch Erdgas beruht. Aber angesichts der bedrohlichen Entwicklungen ist das einfach viel zu wenig. Es braucht nicht nur eine Stabilisierung, sondern eine Reduktion um den Faktor 3!

Das lufthygienische Belastungsbild ruft ebenfalls nach weitergehenden Massnahmen. Hauptproblempunkte sind hier:

- Zu hohe Ozonbelastung, vor allem in den Sommermonaten
- Stickoxid-Überschreitungen in verkehrsreichen Lagen
- Konzentration des Schwebstaubes über den Grenzwerten
- Zu hoher Ausstoss von klimawirksamen Treibhausgasen wie CO₂ und Methan

Auch der kantonale Massnahmenplan Lufthygiene 2006/07 sieht hier Handlungsbedarf.

Aus der städtischen Ökobilanz und dem Energierichtplan geht also hervor, dass kommunaler Handlungsspielraum besteht. Wir wollen, dass dieser so schnell als

möglich genutzt wird.

Folgende Handlungsfelder sind geortet:

- Sparpotentiale bei der öffentlichen Hand
- Fehlende Anreize für mehr Energieeffizienz
- Möglichkeiten zur Förderung eines sparsameren Energieverbrauchs
- Rückstand bei den Bemühungen zur Erreichung der Ziele von EnergieSchweiz

In der Ökobilanz 2004/2005 sind auch diverse Defizite bei der Massnahmenumsetzung aufgelistet. So wird unter anderem im Kapitel VI-1-2 Haushalte, Gewerbe, Industrie, Dienstleistungen bemängelt, dass Anreize fehlen, um bei einer Heizungssanierung gleichzeitig die Gebäudehülle zu optimieren. Gerade im Bereich der Gebäudesanierung liegt aber ein riesiges Energieeinsparungspotential. Der Bund geht davon aus, dass mit gezielten Sanierungsmassnahmen bis zu 80% des derzeitigen Energieverbrauchs reduziert werden könnte. Dieses Potenzial muss so schnell als möglich genutzt werden. Es brächte als Nebeneffekt auch wichtige arbeitsplatzrelevante Impulse für das heimische Gewerbe.

Der Präsident des Schweizerischen Hauseigentümergebietes hat es in einem Interview im Schweizer Fernsehen vor kurzem deutlich gemacht: Die Anreize zur weiteren Optimierung des Energieverbrauchs werden nur wirksam, wenn zusätzliche kantonale und kommunale Fördermittel fliessen. Dies betrifft auch ganzheitliche Gebäudeanalysen für Liegenschaftsbesitzer. Die Ökobilanz unserer Stadt sieht hier ebenfalls Handlungsbedarf. Sie empfiehlt, eine Attraktivierung mittels zusätzlicher Förderbeiträge.

Ich erinnere hier auch an das Potential für erneuerbare Energien, welches die umstrittene Infrac-Studie vom 27.03.07 über die Zukunft des Trolleybusses bei den städtischen Liegenschaften geortet und als Kompensation für einen Mehrausstoss von klimarelevanten Schadstoffen genutzt haben wollte. Natürlich ist die Zeit für solche Kompensationen vorbei. Das können und dürfen wir uns nicht mehr leisten. Die Stadt soll aber bei ihren Liegenschaften als Vorbild vorangehen und diese schnellstens auf den höchstmöglichen Standard bringen. Hierfür erwarten wir bereits im Budget 2008 markante Investitionsbeträge. Ich verweise hier auch auf den traktandierten Vorstoss von Marianne Schwyn.

Der Verkehr ist nach wie vor einer der Hauptemittenten von Luftschadstoffen. Trotz stagnierenden Bevölkerungszahlen steigen die Fahrleistungen und der Motorfahrzeugbestand. Der Motorisierungsgrad in Schaffhausen liegt über demjenigen der Städte Winterthur und Zürich. Die Zunahme der auf den städtischen Strassen gefahrenen Kilometer von 2000 bis 2004 beträgt 8% auf 132 Mio. Personenwagen-Fahrzeugkilometer. Der ÖV-Anteil betrug 2004 ungefähr 14,3%. Die Strategie des Bundes für eine nachhaltige Entwicklung sieht vor, den Anteil des ÖV und des Langsamverkehrs zu erhöhen. Hier ist auch die Stadt Schaffhausen gefordert, hier haben wir die Möglichkeit mitzuhelfen. Und dies ist dringend nötig, denn das CO₂-Gesetz schreibt eine Reduktion der durch den Strassenverkehr bedingten CO₂-Emissionen um 8% bezogen auf 1990 bis 2010 vor. Da sind wir aber überhaupt noch nicht auf Kurs.

Schlussbemerkungen: Energie- und Klimapolitik ist auch Gemeindeaufgabe:

Die Bemühungen für mehr Energieeffizienz, Förderung erneuerbarer Energien und Reduktion der Luftschadstoffe ist klarerweise auch eine Gemeindeaufgabe. Das

gebietet nicht nur der Nachhaltigkeitsartikel der Kantonsverfassung (Art. 9), das sieht auch der Bund so. Der stellvertretende Direktor des Bundesamts für Energie und Programmleiter von EnergieSchweiz hat sein Votum an der Klima-Bündnis Konferenz vom 09.05.2007 unter dem Titel „Die Schweizerische Klimapolitik – was tut der Bund, was können die Gemeinden und Städte beitragen?“ wie folgt abgeschlossen (Zitat): *„Die Politik auf allen Ebenen – Bund, Kantone und Gemeinden – ist jetzt gefordert. Zentral sind konkrete Massnahmen und Aktionen in den Bereichen Gebäude, Mobilität und Effizienz auch auf kommunaler Ebene. Wir müssen das tun, was machbar ist. Und machbar ist heute viel!“* Dem gibt es nichts mehr beizufügen.

Ich hoffe, dass der Stadtrat und Sie den Ball der Motion aufnehmen und ihn in die gewünschte Richtung weiterspielen, damit wir auch in der Stadt Schaffhausen bei der Energie- und Klimaschutzpolitik wieder auf Kurs kommen und die erwähnten Ziele baldmöglichst erreichen. “

Marcel Wenger (Stadtpräsident)

Stellungnahme

„Dass die Stadt bei ihrer Energie- und Klimapolitik wieder auf Kurs kommen soll, ist mir neu. Gemäss Motion soll der Stadtrat dem Grossen Stadtrat ein Energie- und Klimaschutzkonzept mit Massnahmenkatalog für eine Trendwende Richtung 2000-Watt-Gesellschaft in der Stadt Schaffhausen vorlegen. Das ist die Absicht der Motion, nicht, dass wir wieder auf Kurs kommen. Wir sind auf Kurs, Peter Neukomm. Dies werde ich heute gerne erläutern und dafür etwas mehr Zeit beanspruchen als dies der Motionär getan hat. Leider ist es in Schaffhausen offenbar so, dass der Prophet im eigenen Vaterland nichts gilt. Erlauben Sie mir, einiges dagegen zu halten.“

Ich arbeite seit 20 Jahren in diesem Metier und habe einige Erfolge vorzuweisen, die ich für die Stadt Schaffhausen erlitten habe. Wenn man die heute Abend etwas jovial behandelte Position der Stadt Schaffhausen in der städtischen Energiepolitik anschaut, haben wir eine sehr erfolgreiche städtische Energie- und Klimapolitik.

Ich werde meine Ausführungen auf folgende Themen fokussieren:

- Erfolgreiche städtische Energiepolitik
- Zukunft der Energieversorgung und des Klimaschutzes wie der SR diese sieht
- Lösung 2000Watt-Gesellschaft, wo wir uns vielleicht wieder etwas einiger sind
- Empfehlung des Stadtrates an den Grossen Stadtrat

Es wird etwas Zeit in Anspruch nehmen. Die Presse hat hoffentlich dieses Statement bereits erhalten. Es gilt allerdings das gesprochene Wort. Ich versuche, dort wo möglich, zu kürzen und etwas mehr Würze hineinzubringen.

Erfolgreiche städtische Energiepolitik:

Diese zeigt sich auch in der Vergangenheit und im Label European Energy Award in Gold - höchste europäische Auszeichnung für eine Stadt im Energiebereich - welchen die Stadt Schaffhausen 2005 erhalten hat. Das Reaudit im Jahr 2008 werden wir erneut erfolgreich überstehen. Lobend wurde von den Auditoren festgehalten, dass energetische Massnahmen über alle Bereiche vollzogen werden, wofür die matrixartige Organisation des Vollzugs (verschiedene Verwaltungsabteilungen wirken zusammen) die besten Voraussetzungen bietet. National gesehen liegt Schaffhausen nicht hinter, sondern vor St. Gallen und auch nicht hinter, sondern vor Winterthur und nur noch hinter Lausanne. Wir liegen auf

dem zweitbesten Platz im Label European Energy Award in Gold.

In der ganzen Schweiz wird Schaffhausen ein hohes energetisches Know how attestiert. Selbst aus dem angrenzenden Ausland kommen regelmässig Anfragen, welche sich über die Aktivitäten der Stadt informieren wollen, so kürzlich aus Neu-Ulm, Feldkirch oder Radolfzell.

Schon anfangs der Achtzigerjahre wurden die städtischen Bauten systematisch energetisch optimiert, obwohl damals Zielwerte der SIA noch fehlten. Sukzessive und trotz der knappen Mittel erfolgte eine Optimierung des Energiebedarfs in den Schulen, Kindergärten, Heimen und Verwaltungsgebäuden, sodass knapp die Hälfte des damaligen Energieverbrauchs pro Quadratmeter Energiebezugsfläche eingespart werden konnte. Neue Vorgaben (zum Beispiel Herbstschulanfang) und Tendenzen (zum Beispiel Unterricht mit offenen Türen, vermehrt Fotokopier-Einsatz) lassen den Energieverbrauch aber wieder ansteigen.

Die Stadt fördert seit 1991 alternative Energieerzeugungsanlagen im Mittel um 15%. Mit diesen Fördermitteln konnten – wie der Rechenschaftsbericht des Stadtrates jedes Jahr aufzeigt – insgesamt 266'000 Liter fossiles Erdöl jährlich wiederkehrend substituiert, ein Investitionsvolumen von rund Fr. 9,1 Mio. initiiert und das lokale Gewerbe und die Industrie gefördert werden. Auch dies ist Wirtschaftsförderung. Es wurde von Peter Neukomm richtig bemerkt. Bei den städtischen Bauten gelten die Vorgaben der bauökologischen Richtlinien und die Energierichtlinien. Die Energie-Richtlinien verlangen bezüglich Energieverbrauchs in der Regel den Minergie-Standard, sowohl bei Neubauten als auch bei Sanierungen. Ihrer konsequenten Umsetzung sind aber auch Grenzen gesetzt, etwa wenn Heimatschutzgründe beispielsweise bei Isolationsproblemen dagegen sprechen.

Wo möglich wurden bisher in städtischen Schulbauten Holzschnitzelfeuerungen installiert, so im Gräfler, im Alpenblick oder im Zündelgut. Im Gräfler können sich die Schüler direkt mit dem Thema Fotovoltaik auseinandersetzen und die Stromerträge laufend über eine spezielle Informationstafel beobachten. In den städtischen Altersheimen wird mit Solarenergie Warmwasser vorgewärmt.

Mit der Etawatt als Energiedienstleisterin, im Jahre 1997 vom städtischen Parlament gegründet (einer der Gründer sitzt unter uns, Roland Schöttle), hat die Stadt schweizweit Neuland betreten und den Markt nachhaltig aktiviert. Die Etawatt bietet mit Erfolg Energie-Contracting an, welches neben konventionellen Anlagen auch Solarstrom, Solarwärme, Wärme aus Holz und aus dem Erdreich umfasst. Damals gab es noch Personenkreise, die das Contracting mit Energie als gefährlich bezeichneten. Ich erinnere mich gut an einen Winterthurer Kollegen, der mich davor warnte und mir meinen Untergang prophezeite. Es freut mich, so erfolgreich unterzugehen; die Zahlen bewegen sich im schwarzen Bereich, und wir haben die Chance genutzt, die Wertschöpfungskette der Städtischen Werke auf sinnvolle Weise zu verlängern. Die ganze Energiesituation hat sich in den letzten Jahren allerdings stark verändert.

In den vergangenen 10 Jahren investierte Etawatt knapp Fr. 10 Mio. in moderne Anlagen und entlastete damit die Umwelt mit rund 1'000 Tonnen CO₂ jährlich. Zusammen mit den Städtischen Werken hat sie mit "CleanSolution", nach "nature made star" zertifizierter Wasserkraftstrom, das erfolgreichste Ökostromprodukt in der Schweiz lanciert.

Dank dem Energiepunkt werden Informationen themenspezifisch und grafisch gut

aufbereitet an die einheimische Bevölkerung und die Wirtschaft gebracht und auch über Pressekonferenzen regelmässig in der Öffentlichkeit verbreitet. Viele Ausstellungen im Energiepunkt werden durch spezielle Aktionen begleitet, etwa der befristeten Verbilligung von A-Label-Haushaltgeräten, des Ecoman, von Sparlampen, Wassersparsets und Elektrovelos. Ziel dieser Aktionen ist immer, die Bevölkerung in den Energiepunkt zu bringen, wo sie weitergehende Informationen zum entsprechenden Thema erhalten und über energierelevante Themen sensibilisiert werden kann. Auch hier ist der Markt der beste Multiplikator für Energie- und Klimaschutzkonzepte, auch dieses Konzept findet schweizweit Beachtung.

Eine weitere Pionierarbeit betrifft den Energierichtplan - Peter Neukommen hat daraus zitiert - wo Prioritätsgebiete für bestimmte Areale festgelegt wurden. Wir haben unsere Hausaufgaben erledigt, denn Zitate aus dem Energierichtplan können nur gemacht werden, wenn ein solcher existiert.

Im Energierichtplan werden Bereiche aufgezeigt, wo ein Wärmeentzug aus dem Grundwasser, den Abwasserkanälen oder aus dem Erdreich möglich ist oder wo nutzbare Abwärmequellen bestehen. So nutzt etwa die IWC die Abwärme aus der Kanalisation zu Heizzwecken und kann gleichzeitig ihren Kühlbedarf abdecken. Selbst so unspektakuläre Massnahmen wie die Förderung von Recyclingpapieren statt der Verwendung von Frischfaserpapieren ergeben hohe Energieeinsparungen. Die konsequente Verwendung von Recyclingpapieren in der Verwaltung ergäbe eine ähnliche Grössenordnung an Energie- und CO₂-Einsparungen wie alle heute auf Stadtgebiet realisierten alternativen Energieerzeugungsanlagen zusammen, und dies sogar mit finanziellen Einsparungen. Allerdings haben wir gewisse Qualitätsvorstellungen, vor allem von Seiten des Stadtarchivs im Zusammenhang mit einer dauerhaften Aufbewahrung von Dokumenten, wo Recycling Papier nicht immer die erste Adresse ist. Der Teufel liegt wie immer im Detail.

Ohne ins Detail zu gehen, sind weitere energetische Höhepunkte aufzuführen:

- Die Pumpen der Wasserversorgung sind energetisch optimiert.
- Beim Pumpspeicherwerk wird heute dank Umbau anfangs der 90er Jahre ein Wirkungsgrad von 70% gegenüber vorher von 44% erreicht.
- Das Energiekonzept der ARA Röti wurde national ausgezeichnet, aber hier in Schaffhausen praktisch überhaupt nicht zur Kenntnis genommen, und das Beispiel mit dem Propheten im eigenen Vaterland trifft einfach zu. Es wird mehr als 1 Mio. kWh erneuerbarer umweltfreundlicher Strom jährlich produziert.
- Die Schaffhauser Bevölkerung stimmte in einer Volksabstimmung im März dieses Jahres einer Vergärungsanlage für Grünabfälle in der Hard zu.

Die Abstimmung von Siedlungs- und Verkehrsentwicklung im Rahmen des Gesamtverkehrskonzepts erlaubt durch gezielte Erschliessung von Quartieren mit öffentlichem Verkehr und einer Förderung des Langsamverkehrs den Energieverbrauch zu reduzieren. Die zukünftige Verknappung der fossilen Rohstoffe dürfte sich eher früher als später in der Preissensitivität in den nächsten Monaten und Jahren ganz stark bemerkbar machen. Hier wird Energiesparen durch ein gutes Angebot an öffentlichem Verkehr ein wichtiger wirtschaftlicher Standortvorteil sein; das ist unbestritten, und eine strategische Erfolgsposition, wenn man sich auf diese Gebiete konzentriert.

Im Bereich des öffentlichen Verkehrs beobachtet der Stadtrat die technische Entwicklung aufs Genaueste, um von modernen Technologien profitieren zu können.

Beispielsweise zeichnet sich ab, dass zukünftig mit Hybridbussen der Energieverbrauch der Fahrzeuge gesenkt werden kann, ohne dass auf die Vorteile des Elektroantriebs insbesondere bezüglich Lärm verzichtet werden müsste. Selbstverständlich werden auch bei der Beschaffung der PW und Nutzfahrzeuge energetische Kriterien berücksichtigt.

Und selbst der Ausbau des Radwegnetzes stellt eine Investition in die Zukunft dar, wie die wachsende Zahl von Radtouristen in der Stadt belegt.

Zukunft der Energieversorgung und Klimaschutz:

Soll die Stadt ihre Bemühungen zum Klimaschutz und zur Effizienzsteigerung beim Energieeinsatz fortsetzen oder sogar verstärken? Der Stadtrat meint dezidiert ja.

Selbst von den grossen Erdölkonzernen wird heute nicht mehr bestritten, dass leicht- und mittelverfügbare fossile Energieträger angesichts des steigenden Weltbedarfs eher früher als später zur Neige gehen, der globale Peak Oil also bereits überschritten ist. Mit Peak Oil wird der Moment bezeichnet, in welchem die maximale Fördermenge erreicht wurde, um danach für immer zurückzugehen. Der Peak Oil markiert also nicht das vollständige Verschwinden des Öls, jedoch dessen stetig abnehmende Reserven. Und knappere Energieträger führen, wie die Vergangenheit beweist, zu mehr Konfliktherden und zu einer stotternden Weltwirtschaft sowie zu massiven Teuerungsschüben. Da die Schweiz wirtschaftlich, sozial und auch ökologisch global eingebunden ist, kann sie sich solchen Tendenzen nur entziehen, wenn sie sich weniger abhängig von fossilen Energien und Uran macht, die eigenen einheimischen Energien vermehrt nutzt, nicht auf Energien setzt, die in unserem Land nicht verfügbar sind und Energieverbrauch durch Effizienzmassnahmen deutlich senkt. Da sind wir mit dem Motionär vollständig einverstanden.

Wir beobachten in den letzten Monaten durch ein Umdenken in der Bevölkerung ein ganz dramatisches und in den letzten 20 Jahren noch nie da gewesenes Ansteigen der Nachfragen nach Fotovoltaik-Anlagen und Anlagen zur solaren Wasservorwärmung, die dem Stadtrat zur Bewilligung vorgelegt wurden. Der Erdölpreis ist erst bei 92 Dollar. Ich wage jetzt eine kühne Voraussage, Sie werden den Preis vielleicht noch in dieser Legislaturperiode bei 120 Dollar erleben. Der Markt reagiert ganz anders, eine entsprechende Marktrelevanz ist vorhanden und der Einsatz von Umwelttechnologie aus Spargründen rechnet sich.

Auch aus Klimaschutzgründen sind verstärkte Anstrengungen zu unternehmen. Der Klimawandel wird nur noch von wenigen Wissenschaftlern und notorischen Zweiflern hinterfragt. Zu erdrückend ist die Beweislage des Intergovernmental Panel on Climate Change IPCC (Zwischenstaatliche Sachverständigengruppe über Klimaänderungen). Diese Organisation fasst seit 1990 regelmässig die neuesten wissenschaftlichen Erkenntnisse in ihren technischen Berichten zusammen. Um 0.6 Grad Celsius hat die Temperatur im weltweiten Durchschnitt im letzten Jahrhundert bereits zugenommen, besonders stark seit 1970. Diese Erwärmung ist mit natürlichen Klimaschwankungen nicht mehr erklärbar. Sie wird mit grosser Wahrscheinlichkeit durch Treibhausgase verursacht, die der Mensch mit der Verbrennung der fossilen Energieträger Kohle, Erdöl und Erdgas sowie durch die grossflächige Entwaldung der Tropen in die Atmosphäre bringt. Nicht zu vernachlässigen sind auch die Methanfreisetzungen in den Reisfeldern, im Meer und von den grossen Wiederkäuerherden (zum Beispiel Rinder, Schafe).

Auch wenn sich wissenschaftlich nicht eindeutig bestimmen lässt, ab wann eine

Veränderung des Klimasystems als gefährlich einzustufen ist und ab welcher Erwärmung mit unwiderruflichen oder abrupten Veränderungen gerechnet werden muss, wird in der internationalen politischen Diskussion – insbesondere im EU-Raum – eine Erhöhung der globalen Durchschnittstemperatur um 2 Grad Celsius oft als Schwelle bezeichnet, welche nicht überschritten werden sollte.

Die Folgen des Klimawandels bekommt auch die Schweiz direkt zu spüren:

- Extremereignisse treten häufiger auf. Dies macht Investitionen in Milliardenhöhe für Präventionsmassnahmen notwendig.
- In tieferen Lagen kann Schnee künftig ausbleiben, so dass Arbeitsplätze in tiefer gelegenen Wintersportorten verloren gehen.
- Vermehrter Käferbefall in den Wäldern ist bereits seit den Achtzigerjahren vorhanden und zusätzliche Frassschäden an Nutzkulturen sind zu erwarten.
- Allergien und Atemprobleme wegen der durch die erhöhte CO₂-Konzentration gesteigerten Pollenproduktion werden zunehmen.
- Die heutigen Abflussspitzen der schweizerischen Flüsse im Frühjahr und Sommer (Eis- und Schneeschmelze) dürften entfallen, da der Schnee sich nur noch in obersten Lagen hält. Davon ist auch das Kraftwerk Schaffhausen betroffen, welches zukünftig im Sommerhalbjahr weniger einheimischen Strom produzieren wird. Doch gerade im Sommer wird der Strombedarf aufgrund einer wachsenden Zahl von Klimaanlage in Gebäuden zunehmen, weil es wärmer wird.
- Die Entwicklungsländer werden von den Folgen des Klimawandels am härtesten betroffen sein. Dies wird zu vermehrten Spannungen und Konflikten führen, zu Wanderungsbewegungen in sicherere Regionen wie beispielsweise aus der Sahelzone in klimatisch ausgeglichene europäische Gebiete. Dem kann sich auch die Schweiz nicht entziehen.

Lösung: 2000-Watt-Gesellschaft?

Die 2000-Watt-Gesellschaft wird heute oft als Vision für eine nachhaltige Energieversorgung betrachtet, die umweltverträglich sein und zugleich mindestens stabilen Wohlstand erlauben soll. Der Begriff geht von einer mittleren Leistung von 2000 Watt pro Kopf aus, was rund 17'500 kWh Primärenergie pro Kopf und Jahr entspricht. Dies entspricht zugleich dem heutigen mittleren globalen Energiebedarf eines Menschen. In der Schweiz liegen wir heute bei etwa 4500 Watt, und das ohne graue Energie, die nochmals knapp 2000 Watt ausmacht.

Der grösste Teil der Menschheit muss dagegen heute mit weniger als 1000 Watt pro Kopf auskommen, allerdings mit steigender Tendenz. In den energiereichen Staaten des mittleren Ostens werden rund 22'000 Watt pro Kopf der Bevölkerung verbraten, in Amerika beziffert sich dieser auf rund 15'000 Watt, je nach technischem Entwicklungsgrad. Würde die Tragfähigkeit der Biosphäre als Massstab für einen maximalen Energieverbrauch zugrunde gelegt, so dürften gemäss Untersuchungen des Global Challenges Network GCN weltweit höchstens 1500 bis 1700 Watt pro Kopf verwendet werden.

Ist eine 2000-Watt-Zukunft in der Schweiz überhaupt möglich?

Nachdem Städte wie Zürich oder Basel mit Stadtratsbeschluss den Willen bekundet haben, dieses Ziel langfristig anzustreben (dies steht auch in unserem Energie-Richtplan), sollte weniger um den genauen Zeitpunkt als um das *Wie* gesprochen werden. Dies umso mehr, als noch 1960 in der Schweiz durchschnittlich genau diese 2000 Watt pro Kopf verbraucht wurden; Peter Neukomm hat dies bereits erwähnt.

Heute stammen rund 80% der Raumwärme in Privathäusern und -wohnungen aus Öl- und Gasheizungen. Darauf können wir weitgehend verzichten, selbst wenn wie erwartet die Wohnfläche um 40% steigen wird. Eine Untersuchung des Paul-Scherrer-Instituts (PSI) zeigt auf, dass mit dem Sanieren und Bauen nach Minergie- und Minergie-P-Standard in der Schweiz schon bis 2030 mehr als 60% des heutigen Verbrauchs eingespart werden könnte. Diese energiesparende Bauweise zusammen mit der Förderung der erneuerbaren Energieträger (Solar, Wind, Biomasse, Erdwärme, Abwärme) würde die CO₂-Emissionen gemäss PSI um ungefähr 10 % pro Dekade ab 2010 reduzieren lassen. Stellen Sie sich den gewerblichen Wirtschaftsimpuls daraus vor. Es sind nur die entwickelten Länder, die eine solche Trendwende schaffen können.

Was die Schweiz gemäss PSI daneben braucht, ist mehr Energieeffizienz, Sparmassnahmen und neue Technologien. Ich habe bereits darauf hingewiesen, wir sind bereits dazu in der Lage.

Entgegennahme der Motion:

Vor diesem Hintergrund ist der Stadtrat bereit, trotz der etwas vernachlässigenden Begründung, die Motion entgegenzunehmen, weist aber zugleich darauf hin, dass die notwendigen personellen Kapazitäten zur Erstellung des Energie- und Klimaschutzkonzeptes samt Massnahmenkatalog und wirtschaftlicher Gewichtung eingekauft werden müssen und auch sollen.

Der Zeitpunkt ist günstig, da auch der Kanton sich im Rahmen der Motion H.U. Bernath mit Fragen der Effizienzsteigerung und dem vermehrten Einsatz von erneuerbaren Energien auseinandersetzt. Die Sachpolitik muss über die Politik gestellt werden. Das hat den Stadtrat dazu bewogen, die Motion entgegen zu nehmen und Sie zu bitten, ihr zuzustimmen.

Das zu erstellende Konzept erlaubt, die bisherige Energie- und Klimaschutzpolitik zu überprüfen, weitere Schwachstellen aufzuzeigen sowie Schwerpunkte und Zwischenschritte zu definieren. Mit dem Fernziel einer 2000-Watt-Gesellschaft kann sich der Stadtrat identifizieren; er muss aber darauf hinweisen, dass in einigen Punkten (zum Beispiel technologische Entwicklung) auch mit Annahmen und Varianten zu rechnen ist.

Schaffhausen bietet aufgrund des bisher Erreichten gute Voraussetzungen für eine solche Konzeptstudie. Damit kann sich Schaffhausen weiterhin als fortschrittlicher und zukunftsorientierter Wirtschafts-, Energie- und Wohnstandort präsentieren und zugleich die Voraussetzungen für eine nachhaltige Entwicklung schaffen. Der Stadtrat kommt zu einem ähnlichen Schluss wie der Motionär, allerdings mit unterschiedlichen Überlegungsschwerpunkten. “

Nihat Tektas (JFDP)

FDP/jfsh-Fraktionserklärung

"Es ist mir ein Vergnügen, Ihnen kurz die Stellungnahme der FDP/jfsh-Fraktion zur Motion von Peter Neukomm zu präsentieren. Der Motionär hat bereits sehr vieles ausgeführt; es bleibt mir nur kurz auf die aus unserer Sicht zentralen Anliegen einzugehen.

Unsere Gesellschaft, dadurch auch die Politik, wurde in den letzten Jahren durch und vor allem auch dank der Medien auf das Thema Umwelt- und Klimaschutz sensibilisiert. Inmitten von plötzlicher Panikmache auf der einen Seite und den

ewigen Verharmlosungen auf der anderen Seite hat eine konstruktive Diskussion über unseren Umgang mit den natürlichen Ressourcen und deren Grenzen stattgefunden. Die dabei wichtige Frage, wie unsere Energiepolitik nachhaltig zu gestalten sei, ist dabei weiterhin offen. Braucht es neue Atomkraftwerke, reicht es, wenn wir unseren Energieverbrauch markant reduzieren und dabei voll auf erneuerbare Energien setzen? Das sind Fragen, die die Bevölkerung interessiert, denn schliesslich sind das nicht Entscheidungen, die man heute treffen und morgen wieder über den Haufen werfen kann, um übermorgen wieder neu anzufangen. Dafür sind die Konsequenzen zu weit reichend.

Die uns vorliegende Motion pickt dabei ein Element heraus, nämlich den Energieverbrauch. Ziel soll es nach dem Vorbild des WWF sein, eine 2000 Watt-Gesellschaft zu erreichen. Die zeitliche Komponente lässt der Motionär offen, der WWF dagegen spricht von einem Ziel, das bis ins Jahr 2050 erreichbar sein sollte. Als Vergleich: Wir leben heute in einer 6000-Watt-Gesellschaft. Dies sollte in mehreren Schritten erreicht werden, wobei zunächst eine bessere Technik eingesetzt werden soll, danach bessere Häuser - damit ist natürlich effizienter gemeint - und bessere effizientere Transportmittel.

Auch die FDP setzt sich für eine nachhaltige Energiepolitik ein, wobei dem Stichwort Energieeffizienz, also mehr Leistung mit weniger Energie, grosse Bedeutung zukommt. Dabei stehen Massnahmen im Bereich der Mobilität, der Prozessenergie und der Raumwärmeversorgung im Vordergrund. Alles Punkte, die auf dieses Konzept Einfluss haben. Insofern könnten wir dieser Motion zustimmen. Machen wir auch, aber nur symbolisch. Denn der Vorstoss ist zwar gut gemeint, aber einmal mehr - und dies scheint eine Stärke ihrer Fraktion zu sein - an den falschen Empfänger adressiert.

Aber wir finden, solche Massnahmen müssen in Bern weiter entwickelt werden. Es ist zwar schön, wenn wir Schaffhauserinnen und Schaffhauser mit einem Konzept daherkommen, wie wir uns in Richtung 2000-Watt-Gesellschaft bewegen können, aber rundherum tut sich nichts dergleichen. Der Motionär hat heute einige wenige Städte genannt, aber sehr viel mehr Städte tun nichts in dieser Richtung. Verstehen Sie uns nicht falsch, ich finde Nichtstun nicht vorbildlich, und der Stadtpräsident hat heute genügend lange ausgeführt, weshalb wir schweizweit den zweiten Platz im Energy Award haben. Aber gerade im Umweltschutz, in der Klimapolitik sind solche Massnahmen eidgenössisch anzupacken und insbesondere auch von dort aus zu koordinieren.

Wenn wir die ganze Umweltpolitik betrachten, dann ist schon ein Alleingang auf nationaler Ebene ein schwieriges, ja teilweise nicht befriedigendes Unterfangen. Wir müssen aber als Vorbild auf dem Weltgeschehen vorangehen, deshalb braucht es Massnahmen, wie Sie diese anregen. Aber wie gesagt, auf eidgenössischer Ebene. Wir können nicht hinter einer Vorlage stehen, die nur zur Gewissensberuhigung dient. Ein Beispiel: Was nützt uns ein Konzept, das für die Haushalte verschiedene Massnahmen zu Reduktion des Energieverbrauches vorsieht, wenn die Stadt Schaffhauser in Neuhausen, Feuerthalen oder sogar über das Internet ihre Produkte für den Haushalt kaufen, die mit unserem Konzept nicht vereinbar sind? Wollen wir eines Tages dem Coop in der Stadt Schaffhausen verbieten, gewisse Produkte in den Handel zu bringen, die energietechnisch sinnlos sind, während der Rhymarkt in Feuerthalen seine Kunden mit Aktionen für die gleichen Produkten lockt? Sie sehen, dies wären Massnahmen, die nur zu einem Papiertiger verkommen würden. Seien wir doch ehrlich, wenn wir jetzt diese Motion überweisen, dann erreichen wir

höchstens, dass einige, die heute Abend ja stimmen werden, heute Nacht besser schlafen können. Aber nicht mehr. Wenn Sie vorbringen, dass sonst nichts passiert, dann stimmt das einfach nicht. Sie haben ja mit Hans-Jürg Fehr wieder einen Vertreter in Bern. Hätte ich am 21. Oktober ein paar Tausend Stimmen mehr gehabt, hätte ich ihn und Ihr Anliegen wahrscheinlich noch unterstützt, als Nationalrat, bestenfalls als Bundesrat.

Aber heute Abend kann ich Ihnen im Namen der FDP/jfsh-Fraktion aufgrund meiner Ausführungen nur *nein* zu Ihrer Motion sagen. „

Urs Tanner (SP)

Votum

„Marcel Wenger ist ein ehrenwerter Mann und hat viel für diese Stadt getan; dies wissen wir schon lange. Heute Abend war seine Laune, als hätte er die FDP- und SP-Verluste kumuliert. Die städtische Politik - welche befriedigend ist - wird mit einem Solarferrari verglichen, der sogar 30 Kilometer pro Stunde zurücklegt. Wir wollen mehr als das, nämlich einen Solarferrari, der sich 100 Kilometer pro Stunde bewegt.

Geiz ist geil, Energiesparen ist geiler, denn irgendwann einmal werden die unter Vierzigjährigen noch erleben, dass die Energiepreise ins Unermesslich steigen, und jeder sich glücklich schätzen kann, der nicht von Energiequellen abhängig ist, welche endlich sind.

Sie wissen, dass Grün und Links in verschiedenen Umweltthemen - ich durfte bereits einmal über Road pricing sprechen - gute nachprüfbar Argumente haben, die auch von Stadtpräsident Marcel Wenger im zweiten Teil seiner Ausführungen erwähnt wurden.

Leider geht dies alles den Gegnerinnen und Gegnern am Allerwertesten vorbei; hier muss auch einmal Klartext geredet werden. Für sie ist und bleibt die Erde eine Scheibe, daran ist auch heute Abend nichts zu rütteln. Den anderen, die eine Kugel bewohnen, danken wir für ihre wohlwollende Zustimmung zu dieser notwendigen Motion. “

Theresia Derksen (CVP)

Votum

„Das Klima steht weit oben auf dem Sorgenbarometer der Schweizerinnen und Schweizer. Die Klimaveränderung ist Realität, wissenschaftlich erwiesen. Allgemein ist anerkannt, dass die mittleren Temperaturen weltweit nicht um mehr als 2 Grad Celsius über den vorindustriellen Stand ansteigen sollten. Um den Temperaturanstieg zu begrenzen, sind Massnahmen nötig. Insbesondere sind die Treib- und Brennstoffe von den Massnahmen zur Emissionsreduktion betroffen. Der Schwerpunkt muss auf eine effizientere Energienutzung und der Förderung aller erneuerbaren Energien gesetzt werden.

Mit der Vision der 2000 Watt-Gesellschaft wird das langfristige Ziel der Reduktion der Abhängigkeit von fossilen Energieträgern definiert. Peter Neukomm hat es bereits erklärt. Ziele sind:

- Reduktion des Ausstosses von Kohlendioxid (CO₂)
- Nachhaltigkeit in der Ressourcenbewirtschaftung, bei der Energieproduktion, der Energieversorgung und der Energieverwendung
- Versorgungssicherheit im Strombereich

Die Auswirkungen des Verbrauchs fossiler Energieträger auf unsere Umwelt werden kaum mehr bestritten. Die Vision der 2000 Watt-Gesellschaft ist deshalb gerechtfertigt.

Es braucht konkrete und messbare Ziele. Es wäre schön, wenn die notwendigen Ziele mit freiwilligen Massnahmen und Eigeninitiative jedes Einzelnen erreicht werden könnten.

Auch die Gemeinden haben eine effiziente Politik für den Klimaschutz zu führen. Sie müssen dazu beitragen, dass die Menge der landesweiten Emissionen von Treibhausgasen reduziert werden. Die Stadt Schaffhausen verdient Lob für ihre bisherigen Bemühungen, insbesondere auch für die Förderung alternativer Energieerzeugnisanlagen.

Im März 2007 hat die CVP Schweiz ein Positionspapier zur Klimapolitik und zur Energieeffizienz verabschiedet. Neben der Forderung der flächendeckenden Einführung von Wasserspardüsen verlangt die CVP darin einen Aktionsplan für ein Verkaufsverbot von energiefressenden Haushaltgeräten und von Geräten, die im Standby-Modus einen zu hohen Stromverbrauch aufweisen. Damit wird aufgezeigt, dass bereits mit kleinen Mitteln viel für eine ökologisch nachhaltige Schweiz getan werden kann.

Es kann nicht schaden, wenn sich Gemeinden Gedanken darüber machen, wie und wann sie etwas zum Energiesparen und Klimaschutz beitragen können, ein entsprechendes Konzept dazu kann nur hilfreich sein.

Im Bereich der Energieeffizienz, des Energiepotenzials und der Umweltbelastung sind weitere Bemühungen unabdingbar. Beachtung mit einer speziellen Förderung verdient die Energieeffizienz aber auch im Gebäudebereich.

Die Bau- und Gebäudedämmtechnik in den heute nach Minergie-Standard erstellten Bauten ermöglicht einen fünf- bis zwanzigmal kleineren Energieverbrauch als in den vor dreissig und mehr Jahren erstellten Gebäuden.

In Deutschland soll übrigens ab Juli 2008 ein so genannter Energieausweis bei Bau, Vermietung und Verkauf von bestehenden Wohnhäusern vorliegen, mit dem Mieter, beziehungsweise Käufer die Qualität eines Angebotes seriös und objektiv nachvollziehen können.

Wir sind der Meinung, dass in einem Energie- und Klimaschutzkonzept auch die energetisch relevanten Baumassnahmen berücksichtigt werden müssen. Wenn wir nun der Motion von Peter Neukomm zustimmen, erübrigt sich das Postulat von Marianne Schwyn. „

Iren Eichenberger (OeBS)

OeBS/EVP-Fraktionserklärung

„Zuerst herzliche Gratulation an unseren Stadtpräsident für seine Zusage zu dieser Motion. Das finde ich Spitze. Wir von der OeBS/EVP-Fraktion schätzen vor allem, dass Peter Neukomm ein integrales Konzept für Energie- und Klimaschutzmassnahmen fordert, denn beides gehört zusammen wie ein altes Ehepaar. Dies ist bereits in weite Kreise durchgedrungen, und darum haben die meisten erkannt, dass der Ersatz von Atomkraftwerken durch Gaskombikraftwerke keine befriedigende Lösung ist. Der Rückfall des Bundesrates in dieser Frage lässt

einige Fragen offen. Hoffentlich nimmt er sich ein Beispiel an der Stadt Schaffhausen.

Auch auf kantonaler Ebene haben wir - unser Kantonsratskollege Hansueli Bernath - ein Postulat mit einem ganz ähnlichen Inhalt verfasst und waren damit weit erfolgreicher wie andere Parlamentarier, die mit einzelnen Vorstössen spezifische Massnahmen im Energiebereich forderten. Letzteres ist immer die direkte Einladung zum ausgiebigen "Märkten" und endet meistens in einer Nullvariante.

Klugerweise überlassen wir hier die Massnahmenvorschläge der Regierung, sie wird den einen zu weit, den anderen zu wenig weit gehen, und diese mittlere Unzufriedenheit kann sie als das richtige Mass für sich buchen. Ich denke, sie hat bereits einen Leistungsausweis.

Welches ist das beste Energiesystem? Die beste Bestenergie ist jene, die wir gar nicht verheizen. Wir haben von Marcel Wenger gehört, was alles unternommen wird. Allerdings wären die gesetzlichen Verpflichtungen dazu auf Bundesebene anzuordnen, welche längstens fällig sind.

Ich werde Ihnen anschliessend erklären, wie dies auf Japanisch geht: Als Angela Merkel neulich anlässlich der Vorbereitung eines Klimagipfels in Tokio warm, hat ihr der japanische Regierungschef bei der Begrüssung eröffnet, respektive sich dafür entschuldigt und erläutert, warum niemand am Konferenztisch eine Krawatte trage. Das sei, weil die Klimaanlage aus Energiespargründen ausgeschaltet würden.

Ich denke, man kann sich bei allem Beifall fragen, ob der heutige Einsatz für Energiemassnahmen von Fr. 436'000.-- für die KOMENG als Beitrag zur Förderung von Alternativenergien für die Stadtökologie das Äusserste sei. Darüber muss weiter diskutiert werden. Ein klares, übergeordnetes und gemeinsames Ziel muss die Vollversorgung der Schweiz mit erneuerbarer Energie bis Mitte des Jahrhunderts sein. Dies ist ein durchaus realisierbares Konzept und wird von klugen Köpfen schon seit langem gesagt und auch aufgezeigt.

Wenn die Energiestadt Schaffhausen dazu ihren Beitrag leisten kann, sind verpflichtende Ziele, Etappen und Kontrollen in dem hier geforderten Ausmass nötig. Diskussionen, wie zum Beispiel über die Abschaffung des Trolleybusses, stehen allerdings quer in der Landschaft. Ich hoffe, dass wir darüber ein letztes Mal diskutiert haben. Mit super Projekten wie CleanSolution, Etawatt, der Stadtökologie oder dem Energiepunkt haben wir die Nase vorn.

Die ganze Energie- und Klimaschutzfrage erfordert seitens der Stadt eine Zusammenarbeit mit dem Kanton, weil die Thematik grenzüberschreitend betrachtet werden muss. Die Stadt hat gute Ideen, der Kanton hat vielleicht ein dickeres Portemonnaie. Ich denke auch an den Agglomerationsverein und an die IBK als mögliche Ansprechpartner für diverse Projekte.

Man darf die ganze Angelegenheit auch einmal chinesisch betrachten. Chinesisch heisst kopieren, und zwar nicht zu den Zürchern, sondern zu den Deutschen. Dort nämlich hat das deutsche Einspeisegesetz einen Investitionsboom sondergleichen ausgelöst. Dies würde cleveren Unternehmern das Herz springen lassen. Investieren in erneuerbare Energien rentiert. Biogas-, Windkraft- und Solaranlagen schiessen auf deutschem Raum wie Pilze aus dem Boden. Daran sollten wir uns ein Beispiel nehmen. Wenn Ihnen jetzt das Wasser im Mund zusammenläuft, kann man nur

sagen: Bitte unterstützen Sie diese Motion, dann werden wir bald auch solche Möglichkeiten haben, und es wird bei uns in der Kasse klimpern, wenn Sie eine Windmühle betreiben. Der Stadtrat ist auf bestem Weg. “

Oliver Mank (SVP)**Votum**

”Wer sich aufgrund der unterdessen täglichen Meldungen zum Klimaschutz keine Sorgen macht, muss wahrscheinlich selbst betroffen sein, um Handlungsbedarf zu sehen. Ich ziehe es vor ein Problem anzugehen, wenn noch Handlungsspielraum besteht. In diesem Sinn halte ich diese Motion für einen Schritt in die richtige Richtung und werde sie unterstützen. “

Christoph Schlatter (SP)**Votum**

”Keine Angst, es folgt an dieser Stelle kein Plädoyer für den Trolleybus, obwohl sich diese Motion sehr gut eignen würde. Ich fühle mich von den Aussagen von Seiten der FDP angesprochen. Anscheinend herrscht nicht nur beim Klima eine verkehrte Welt. Die FDP hält den Begriff Eigenverantwortung sehr hoch, und jetzt plötzlich ruft sie nach dem Staat. Obwohl ich es selbst sehr wichtig finde, dass beim Klimaschutz die Stadt, der Kanton und eben der Bund gefordert sind, können wir alle einen Beitrag dazu leisten.

Am Besten funktioniert es mit einer Kombination; ich möchte dazu ein persönliches Beispiel darlegen. Ich habe in diesem Jahr eine Solaranlage zum Heizen installiert - Stadtpräsident Marcel Wenger hat über dieses Thema bereits berichtet. Das Interessante dabei ist, dass auf der Rechnung von den Städtischen Werken mein Gasverbrauch mit minus 100% aufgeführt ist. Der Rechnungsbetrag beläuft sich auf Fr. 30.-- Gasanschlussgebühr, da ich den Anschluss wegen des in unserem Klima doch auch auftretenden Nebels nicht gekündigt habe (bei nicht hundertprozentiger Wärme sind allerdings zwei Stunden im Tag ausreichend). In meinem persönlichen Fall war der Einbau einer Solaranlage nur durch die Unterstützung von Stadt und Kanton möglich. Diese Finanzierungsbeiträge sind sehr hilfreich.

Warum ist die Motion von Peter Neukomm so wichtig? Peter Neukomm befasst sich mit dem Primat des Faktischen, Urs Tanner sprach von der Erde als Kugel oder als Scheibe. Dazu werde ich keine zusätzlichen Bemerkungen machen. Wenn wir die Motion erheblich erklären und unterstützen, fördern wir den Stadtrat nicht nur in seinen bereits unternommenen Bemühungen, sondern auch in seinen zukünftigen Bestrebungen. Ich habe mich mit der 4. Schaffhauser Ökobilanz befasst und bin dort auf etwas gestossen, was mich nachdenklich stimmt. Im Kapitel Energie auf Seite 119 ist folgendes Zitat nachzulesen:

Auch bei der öffentlichen Hand gibt es verschiedene Sparpotenziale, etwa bei der öffentlichen Beleuchtung. Dort sind beim Einsatz von Quecksilberdampflampen durch energiesparende und hellere Natriumdampflampen die Chance zur Reduktion des Energiebedarfs verpasst worden, indem bisher vor allem die Lumenzahl erhöht wurde.

Ich habe mich erkundigt, und es handelt sich nicht um einen “Peanuts-Betrag”, den die Stadt kurzfristig lösen könnte, sondern er übersteigt die Millionenhöhe. Der Stadtrat verfügt über sehr viele konkrete Anhaltspunkte aus dieser Ökobilanz, die es ermöglichen, den Weg zu einer 2000 Watt-Gesellschaft zu beschreiten. Mit der Überweisung dieser Motion unterstützen wir ihn bei seinen Bestrebungen und setzen

politisch ein Signal, die vorgeschlagenen Massnahmen auch umzusetzen. Wenn wir dies nicht machen, wie von der FDP gefordert, haben wir vielleicht nicht mehr die Möglichkeit, den Zeitpunkt und die Massnahmen zu bestimmen, weil der Klimawandel rasch voranschreitet und sich potenziert. Am Schluss können wir nur noch agieren. Bitte unterstützen Sie die Motion, damit wir rechtzeitig reagieren können.“

Roland Schöttle (parteilos)**Votum**

”Peter Neukomm warf vorwurfsvoll in den Raum, dass man eigentlich oft von politischen Entscheiden spreche statt sich auf wissenschaftliche Erkenntnisse abzustützen. Aber gerade er macht Politik mit der tatsächlich vorhandenen aktuellen Klimaveränderung, vernachlässigt aber seinerseits die Ergebnisse der erdgeschichtlichen Wissenschaften, wonach unsere Erde seit Jahrmillionen immer wieder Klimaveränderungen über sich ergehen lassen musste und der Mensch darauf keinen Einfluss hatte.

Es ehrt allerdings jeden Menschen, wenn er sich bemüht, seinen persönlichen Beitrag zum Schutz unserer Umwelt zu erbringen. Aber bleiben wir doch als nach wie vor kleine Einheit Mensch auf unserem Planeten auf dem Boden der Realität. Die Klimaerwärmung heute, und wahrscheinlich in einigen Jahrzehnten wieder eine Klimaabkühlung, wird in beiden Fällen ohne unseren wesentlichen menschlichen Einfluss stattfinden. Alles andere zu Einsichten, beziehungsweise die Meinung, wir hätten das wirklich im Griff, die Welttemperaturen zu beeinflussen, sind doch vielmehr eine Anmassung.

Mein Vorschlag: Geben wir uns überall Mühe, aber überschätzen wir unsere eigenen direkten Möglichkeiten nicht. Machen wir eine Politik der machbaren Umsetzungen, und hüten wir uns davor, in reinen Aktivismus abzugleiten.

Ich denke, dass in erster Linie der Ersatz von nicht nachwachsenden Rohstoffen durch Energie aus nachwachsenden Rohstoffen als echter Beitrag zum Schutz und Erhalt unseres Planeten und seiner Qualitäten zuvorderst auf die politische Fahne geschrieben werden muss, und zwar in allen Parteien. Machen wir uns dafür alle stark in der schweizerischen Politik. Nehmen wir uns einmal ein Vorbild an unserem nördlichen Nachbarland, das heute bereits im Bereich des EEG (erneuerbares Energiegesetz) in der Weiterentwicklung des seit 4 Jahren aktiven Gesetzes ist und bereits bedeutende positive Erfahrungen gemacht hat, die zu sehr grossen Veränderungen geführt haben. Ich darf Ihnen sagen, dass unsere Etawatt (eben auch unsere Stadt Schaffhausen) durch die Beteiligung an der Firma Powerfarm in Deutschland bereits heute sehr aktiv tätig ist und einen nicht unbedeutenden Beitrag zum Thema der Substituierung von fossilen Rohstoffen in unserer Region leistet.

Ich rufe Sie deshalb alle auf, sich in ihren Parteien auf nationaler Ebene stark zu machen für die Schaffung der gesetzlichen Grundlagen für ein gutes EEG in der Schweiz, welches echte Verbesserungen für die Schonung unserer Umwelt bringt. Und wenn Sie dann mit diesem Einsatz für sich in Anspruch nehmen wollen, zur Verhinderung der Klimaerwärmung etwas beigetragen zu haben, dann dürfen Sie es mit gutem Gewissen tun.

Diese Motion ist aber tatsächlich deswegen nicht zu überweisen, weil sie nur zur Gewissensberuhigung beiträgt, aber keinen echten Beitrag zur Sache leisten kann. Das wäre eben nur Politik statt Wissenschaft.

Das Sachproblem ist national auf der kleinsten Stufe anzugehen, wenn es Wirkung zeigen soll. Unsere Energie (übrigens eine nachwachsende) ist dort einzusetzen. “

Kurt Zubler (SP)**Votum**

”Ich möchte gleich beim Votum von Roland Schöttle anfangen, weil ich eigentlich gehofft hatte, dass wir heute Abend nicht über die Frage der Wissenschaftlichkeit diskutieren würden und darüber weitgehend Einigkeit herrsche. Natürlich ist ein Hinterfragen legitim, aber ich kenne in der Wissenschaft sehr wenige Leute, die dies noch hinterfragen. Natürlich hat es in der Erdgeschichte grosse Klimaschwankungen mit Eiszeiten gegeben; aber - soweit dies wissenschaftlich überschaubar ist - gab es bisher noch nie eine Kopplung dieser Art von CO₂-Anstieg mit klimatischer Veränderung. Althistorisch und erdgeschichtlich hat es also diesen menschlich gemachten CO₂-Ausstoss noch nie gegeben.

Aber vor kurzem erschien in der NZZ ein Artikel von einem emeritierten Geologieprofessor der tatsächlich gegenüber der Sicherheit der Prognose skeptisch gegenüber steht. Aber am Schluss seiner Ausführungen in der Begründung seiner Skepsis ist zu lesen, dass selbst wenn es Fragen gäbe, ob dies auch hundertprozentig so wäre, sei es in unserer Verantwortung das, was wir tun können, zu unternehmen. Deshalb rufe ich Sie im Sinne des globalen Denkens und lokalen Handelns auf, die Motion zu unterstützen.

Dies ist die eigene Meinung von Roland Schöttle und die Haltung der FDP-Fraktion. In der Sache seien sie einverstanden mit der Motion, die FDP würde sogar sagen, die Stossrichtung sei auch ihre, aber es müsse auf Bundesebene gehandelt werden, weil es sonst nichts bringe. Das Stichwort Eigenverantwortung wurde bereits erwähnt. Wenn ich nun diese Haltung zu Ende denke, dann komme ich zum Schluss, dass beispielsweise der Kauf des neusten maximal-energiesparenden Kühlschranks sowieso nichts bringe, weil der Bund darüber entscheiden und mir Vorschriften machen müsse. Wenn ich Eigenverantwortung übernehme, heisst dies doch, lokal zu handeln, und dort wo ich dies tun kann, wende ich es auch an.

Die Stadt Schaffhausen - und auch Stadtpräsident Marcel Wenger, Mitglied der FDP - hat gute Voraussetzungen, diese Motion zu übernehmen und zu erfüllen. Ich rufe Sie in der FDP-Fraktion auf - man kann ja auch am Ende einer Debatte klüger werden - folgen Sie Ihrem Stadtpräsidenten, leisten Sie dem Angebot und der Einsicht der Stadt Folge und übernehmen Sie Eigenverantwortung auf unserer Ebene. Ich gehe mit Ihnen einig, dass der Bund trotzdem gefordert ist. Aber jeder und jede kann Eigenverantwortung übernehmen in dem ihm oder ihr möglichen Bereich. Unterstützen Sie in diesem Sinne die Motion von Peter Neukomm. “

Josef Eugster (SVP)**SVP/JSVP/EDU-Fraktionserklärung**

”Meine Frage ist vielleicht etwa ketzerisch: Wissen Sie alle, was die 2000 Watt-Gesellschaft ist? Ich bin nicht davon überzeugt, dass jeder oder jede in diesem Saal es auch weiss und bin bei Bedarf gerne mit Erklärungen behilflich.

Die Stadt Schaffhausen ist auf sehr gutem Weg. Wenn jeder zuhause prüft, wo er Einsparungen machen kann, wäre dies ebenfalls ein guter Weg. Ich bin allerdings mit den Aussagen von Christoph Schlatter nicht einverstanden, weil er nur eine Abrechnung über die letzten drei Monate erhalten hat; wir sollten im nächsten Frühjahr darauf zurückkommen und die Situation erneut überprüfen.

Für mich sind Förderbeiträge zweischneidige Schwerter. Im Prinzip liegt es für mich im ureigenen Interesse jedes Einzelnen, Energie zu sparen, weil es unmittelbar direkt oder indirekt "hinten rechts" spürbar ist. Wir denken eben nicht immer, wenn wir etwas unternehmen - oder nicht - an den Klimaschutz, wohl aber an "hinten rechts". Die Anliegen des Klimaschutzes sind bisher erst in den Köpfen der Leute.

Auf städtischer Ebene wird aus einer Überweisung der Motion nur ein Papiertiger entstehen, es werden keine konkreten Massnahmen daraus resultieren. Förderbeiträge wurden Ende oder Mitte der Neuzigerjahre schon einmal unter anderem für das Energiesparen und das Sanieren von Liegenschaften eingesetzt. Es wurde viel gemacht, aber nur wegen des Geldes und nicht zum Energiesparen. Deshalb erachte ich die mit solchen Fördergeldern entstehende Situation als gefährlich.

Ich werde die Motion nicht unterstützen und kann Ihnen mitteilen, dass die SVP/JSVP/EDU-Fraktion grossmehrheitlich diese Motion ablehnen wird. "

Walter Hotz (FDP)

Votum

"Eigentlich hat mich das Votum vom Stadtpräsidenten herausgefordert. Erlauben Sie mir, am Anfang von meinem Votum folgendes Zitat aus der Wahlbroschüre von Hans Jakob Gloor, Ökoliberaler, zu zitieren: *Ich wiise Dreiblatt: grün – sozial – liberal.*

Ich zitiere weiter aus der Wahlbroschüre: *Die liberale Karte: Nicht alles muss vom Staat serviert werden. Eigenverantwortung stärken, Freiräume für Kreative aufmachen!*

Ich kann dies voll unterstützen, und Sie offenbar auch. Für mich sind die Aussagen auf Eigenverantwortung ausschlaggebend für eine zukünftige erfolgreiche Klimapolitik, insbesondere hinsichtlich der hier diskutierten Motion, aber auch im Hinblick auf das Postulat von Marianne Schwyn.

Einmal mehr verlangen die Unterzeichner dieses Postulats, dass der Staat ein Konzept erarbeitet um den CO₂-Ausstoss weiter zu senken. Dass der CO₂-Ausstoss gesenkt werden muss, ist unbestritten. Darüber, wie dies getan werden soll, gehen die Meinungen aber auseinander.

Meine Meinung lautet wie folgt:

Eingriffe des Staates für das positive Wohl der Bürger, verursacht Einförmigkeit und vermindert die Selbsttätigkeit der Menschen. Eine Wirtschaft und auch eine effiziente Klimapolitik braucht Freiheit, wenn sie kreativ, leistungs- und wirkungsvoll sein soll. Es ist immer der gleiche Ablauf. Wo ein Problem auftaucht, wird zunächst nach jemanden gerufen, der es lösen soll, noch bevor man sich selber darüber Gedanken macht, wie man selber zur Lösung beitragen könnte. Dieser Jemand ist vorzugsweise, der Staat. Bei jedem Problem wird ein Gesetz, eine Vorschrift, ein Eingriff, eine Subvention gefordert, ultimativ meist, und es wird anklagend verkündet, dass das Problem spielend gelöst werden könnte, wenn die da oben beauftragt werden.

Dabei hat sich die staatliche Machbarkeit längst als Illusion erwiesen. Glauben Sie mir, eine Gesellschaft, die nur noch auf den Staat setzt, verliert an Sinn für Selbstverantwortung, an Widerstandskraft, an Überlebenskraft. Der Staat wird nämlich umgekehrt überfordert. Er verreglementiert Wirtschaft und Gesellschaft und

verengt damit die Handlungsspielräume. Wenn der Staat auch noch Förderbeiträge spricht, wie es hier verlangt wird, so entzieht er dem Steuerzahler und der Wirtschaft Mittel zur Finanzierung seiner eigenen technischen Ideen, und der Standort Schaffhausen verliert dann an Konkurrenzfähigkeit. Förderbeiträge und Subventionen verursachen auch, dass die Preise hoch bleiben.

Gleichzeitig, und das ist für mich ein ganz wichtiger Punkt, verliert der Staat an Glaubwürdigkeit, weil ihm durch seine Bürokratie die Lösung der Probleme trotzdem nicht gelingt. Würde nämlich alles realisiert, was momentan von unserer Verwaltung in der Politik verlangt wird, so müssen wir uns um die Zukunft wirklich Sorgen machen.

Wir müssen wieder lernen, Probleme zuerst selber anzupacken. Daneben aber brauchen wir natürlich eine starke, gesunde und glaubwürdige Stadtverwaltung, die vom Volk kontrolliert und begrenzt wird. Wir haben einen Stadtökologen, der meiner Ansicht nach ein wissenschaftlicher Mitarbeiter ist und eigentlich nicht in der Präsidialabteilung, sondern im Referat für Hoch- und Tiefbau angesiedelt werden sollte. Wenn jetzt schon Anzeichen dafür bestehen, dass man Aufträge an Dritte vergeben wird, kann ich Ihnen dazu nur sagen, dass wir in eine Zukunft gehen, wo eine unnötige Aufblähung des Staates stattfinden wird und dieser nicht mehr in der Lage ist, zu Gunsten des Klimaschutzes Grenzen zu setzen. Ich lehne daher diese Motion ab. “

Iren Eichenberger (OeBS)**Votum**

”Ich möchte kurz etwas sagen zu den Ausführungen von Walter Hotz über das Warum der Anreize. Wenn die nicht erneuerbaren Energien - zum Beispiel der Atomstrom - so teuer wären, wie sie effektiv sind, dann bräuchten wir keine Anreize. Heute ist dieses Verhältnis verzerrt. Alle haben sich eigentlich positiv zur Grundidee der Motion geäußert, aber aus irgendwelchen Gründen diese abgelehnt. Immer wieder wird befürchtet, das Konzept sei ein Papiertiger und fruchte nichts. Ich möchte dem Stadtrat zuerst einmal die Gelegenheit geben, diesen Papiertiger auf die Welt zu stellen, bevor er abgeschafft werden soll. “

Peter Neukomm (SP)**Schlusswort**

”Ich habe den verschiedenen Wortmeldungen mit Interesse zugehört und möchte zu einigen Bemerkungen Stellung nehmen, da offensichtlich Missverständnisse bestehen, die vor der Abstimmung geklärt werden sollten.

Ich habe versucht, in einem grösseren Zusammenhang den ausgewiesenen Handlungsbedarf auch auf kommunaler Ebene aufzuzeigen und diesen mit neuen längerfristigen Zielsetzungen zu einer 2000 Watt-Gesellschaft zu verknüpfen. Es hat mich gefreut, dass der Stadtrat bereit ist, diese Sichtweise zu übernehmen. Ich danke ihm dafür, dass er sich in der Vergangenheit, wie auch in Zukunft für diese Zielsetzungen einsetzen will, und zwar durch Erarbeiten konkreter Massnahmen. Wir haben nie von einem Papiertiger gesprochen. Wir als Parlament sind das Kontrollorgan und werden bei der Erfüllung dieser Motion den SR daran messen, ob es ein Papiertiger ist oder nicht. Ich bin sicher, dass der SR uns konkrete Massnahmen vorstellen kann und werde darauf zurückkommen.

Etwas befremdet hat mich die Reaktion des Stadtpräsidenten; ich habe die Stadt in keiner Weise gerüffelt, sondern ausdrücklich darauf hingewiesen, dass vorbildliche

Anstrengungen in der Vergangenheit unternommen worden sind. Ich hoffe, dass dies auch zur Kenntnis genommen wird.

Mein Dank geht an Theresia Derksen, Iren Eichenberger und Oliver Mank, die offensichtlich die Notwendigkeit sehen, welche die Motionäre mit ihrem Vorstoss auf den Tisch gebracht haben.

Zum Votum von Nihat Tektas: Er hat mich mit seiner FDP-Stellungnahme zwar enttäuscht, aber nicht überrascht. Ich möchte auf seine Kritikpunkt eingehen: Unser Vorstoss habe sich auf die Energieproblematik beschränkt. Offensichtlich hat er nicht zugehört. Ich werde ihm nachher mein Manuskript zum Nachlesen übergeben. Der Energieaspekt ist der zentrale Punkt in dieser Frage, und dies können Ihnen alle Experten bestätigen. Er hat ebenfalls die fehlenden konkreten Zeitvorgaben bemängelt. Hätten wir sagen sollen, dass der Stadtrat bis 2012 die 2000 Watt-Gesellschaft in der Stadt Schaffhausen verwirklicht haben müsse? Genau Sie wären dann gekommen und hätten uns daran aufgehängt. Sie wissen auch sehr genau, dass es sich hier um längerfristige Ziele handelt, aber in einem Zeitrahmen, der dem Klima wirklich etwas bringen kann. Ich kann deshalb auch diesen Kritikpunkt nicht stehen lassen.

Ich bin sehr erschüttert über die Negierung, die Sie im Zusammenhang mit den städtischen Handlungsspielräume und dem Handlungsbedarf an den Tag legen. Offensichtlich haben Sie die Ökobilanz nicht gelesen, dort sind alle Fakten zu Ihrer Nachprüfung aufgelistet. Wir wollen keinen Papiertiger, sondern konkrete Massnahmen; da können Sie sicher sein.

Die Haltung der FDP-Fraktion ist leider eine Fortsetzung oftmals ihrer nicht fassbaren Positionen, die auch beim Wahlauftakt zu den eidgenössischen Wahlen zum Ausdruck kamen, und ich zitiere aus den Schaffhauser Nachrichten: *Beim FDP-Wahlauftakt im Park Casino wollte Peter Hartmeier, Chef des Tages Anzeigers, wissen, was die FDP-Exponenten konkret gegen den Klimawandel unternehmen würden. Diese taten sich mit Antworten schwer*, Zitat Ständerat Peter Briner. Wir sind uns einig in der Analyse, aber hilflos, wenn es sich um Taten handelt. Das haben wir heute gemerkt, das ist schade.

Zu Roland Schöttle: Zu den wissenschaftlichen Erkenntnissen hat bereits Kurt Zubler Stellung genommen. Ich möchte darauf aufmerksam machen, dass der wirtschaftliche Boom aufgrund politischer Entscheide ausgelöst wurde, und nicht dank wissenschaftlichen Erkenntnissen. Die Politik hat die Verantwortung, wissenschaftliche Erkenntnisse umzusetzen, und zwar nicht nur auf Bundesebene, sondern auf allen Ebenen. Hier haben wir offensichtlich divergierende Meinungen.

Zu Josef Eugster: Ich kann ihm bilateral noch Zahlenmaterial liefern, was die Förderbeiträge letztes Jahr alles ausgelöst haben; es ist alles belegt.

Zu Walter Hotz, der Staatsinterventionismus suggeriert und eine befremdende Vorstellung von unserem Staat hat. Ich frage mich, warum er sich hier noch für unseren Staat engagiert. Der Staat sind wir alle, es ist kein fremdes Wesen. Der Bund soll alles lösen, aber der Bund ist auch der Staat. Da verstehe ich die Zusammenhänge nicht.

Es ist einfach ohne staatliche Förderungsmassnahmen und ohne gewisse Eingriffe nicht möglich, die dringend notwendigen Reduktionsziele zu erreichen. Der Stadtrat

hat dies bestätigt und alle Experten tun es ebenfalls, weil wir mit reiner Freiwilligkeit nicht weiter kommen. Das ist schade, aber eine Tatsache. Ich bin gespannt, wenn die Motion überwiesen wird und freue mich jetzt schon auf die Diskussion, die dann in diesem Saal stattfinden wird. “

Der **Ratspräsident** stellt fest, dass eine weitere Wortmeldung vorliegt.

Dr. Raphaël Rohner (FDP)

Votum

”Selbstverständlich wird Herr Neukomm, der heute als Schulmeister aufgetreten ist, das absolute Schlusswort haben. Ich lasse es nicht auf unserer Fraktion sitzen, dass wir keine Antwort zu klimapolitischen Fragen hätten.

Lieber Kollege Neukomm, wenn Sie schon stundenlang aus Papieren zitieren und uns vorhalten, wir kennen entsprechende Unterlagen nicht oder studieren diese nicht sorgfältig, kann ich Ihnen nur raten, dieses Papier hervorzunehmen, und Sie werden selbstverständlich sehen, dass die FDP Schweiz und mit ihnen auch unsere FDP klare Aussagen zu machen hat. Wenn es einige Exponenten gibt, die sich allenfalls unbehelflich bewegen, ist dies Ihr Problem und nicht das Problem unserer Partei. Ich weise ganz klar zurück, dass man heute Abend zu einem Sachthema, das uns alle sehr bewegen müsste und alle sehr betrifft, bereits vorgezogenen Wahlkampf betreibt. “

An dieser Stelle werden verschiedene Stimmen laut, die einen Ordnungsantrag stellen. Der **Ratspräsident** bittet Dr. Raphaël Rohner (FDP) sich kurz zu fassen. Der Votant wird nach wenigen Worten erneut unterbrochen. Urs Tanner (SP) stellt einen Ordnungsantrag.

Alfred Tappolet (SVP), Ratspräsident, hält an seiner bisherigen Praxis fest, dass sich jeder, der sich auch nach dem Schlusswort zu Worte meldet, das Recht habe, sein Votum vorzutragen, wenn er sich in seiner Person durch das Schlusswort angegriffen fühle. Der Ratspräsident bittet den Votanten erneut, sich sehr kurz zu fassen.

Fortsetzung Wortmeldung Dr. Raphaël Rohner (FDP):

”Die Schweiz soll auf Stromerzeugung in Anlagen, die fossile Brennstoffe verwenden, verzichten. Das ist die erste klare Aussage unserer Partei. Dahinter stehen wir. Die Wasserkraft soll in der Schweiz zur Stromgewinnung ausgebaut werden. Dahinter stehen wir ebenfalls. Die Schweiz soll - sobald nötig - alte Kernenergieproduktionskapazitäten ersetzen. Erfolgversprechende neue erneuerbare Energien sollen mit dem Ziel der Diversifizierung stärker als bisher gefördert werden. Ich komme zum Schluss: Ich habe das letzte Wort nicht gehabt, jetzt soll Peter Neukomm noch das absolute Schlusswort haben. “

Peter Neukomm (SP)

Votum

”Ich möchte nur noch einen Satz anfügen: Ich persönlich möchte darauf hinweisen, dass Sie das Protokoll lesen sollten; die FDP-Fraktion hat unsere Fraktion in ihrer Fraktionserklärung angegriffen, wir brächten immer Vorstösse am falschen Ort. Wenn man so in den Wald hinein ruft, muss man sich nicht wundern, wenn etwas zurückkommt. Ich staune, dass die Geschäftsordnung nicht mehr eingehalten wird und nach Schlussworten immer wieder Wortmeldungen möglich sind, was ich befremdend finde. “

SCHLUSSABSTIMMUNG

Der Grosse Stadtrat erklärt die Motion vom 22. Mai 2007 mit 25 : 17 Stimmen erheblich.

Das Geschäft ist erledigt.

SCHLUSSWORT DES RATSPRÄSIDENTEN

SPK-Zusammensetzung VdSR Verordnung über das Dienstverhältnis und die berufliche Vorsorge des Stadtrates:

SVP/JSVP/EDU-Fraktion: Dr. Cornelia Stamm Hurter, Erwin Sutter

FFDP/fjsh-Fraktion: Walter Hotz, Thomas Hauser, Ernst Spengler

SP/AL-Fraktion: Christa Flückiger, Peter Möller, Christoph Schlatter,

OeBS/EVP-Fraktion: Bernhard Egli

Rainer Schmidig (SVP) wird als Berater dieser Kommission wirken.

Die erste Sitzung findet am 7. Januar 2008, um 18.00 Uhr statt.

Neu eingegangene Vorstösse während der Ratssitzung:

- Motion Christoph Lenz (AL): Ersetzung der Gaslaternen durch CO2 emissionsarme Beleuchtung
- Motion Christa Flückiger (SP): Schulsozialarbeit flächendeckend in der Stadt Schaffhausen

Die nächste **Ratssitzung** findet am Dienstag, 13. November 2007, um 17.00 Uhr statt.

Der **Ratspräsident** beendet die Sitzung um 20:09 Uhr.

Die Ratssekretärin:

Gabriele Behring-Hirt

Schaffhausen, 13.11.07